

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schjern.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16b.
Telephonruf: Nr. 8392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltigen Kolonetzelle 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **288600** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Herr Beumer, der Mann mit dem 16stündigen Arbeitstag.

Es. Auf die glänzende Rede des Reichstagsabgeordneten Hue (6. Februar), die sich zu einer vernichtenden Anklage gegen die vielgepriesenen Zustände in der rheinisch-westfälischen Großindustrie gestaltete, hat bekanntlich wenige Tage darauf (12. Februar) der Abgeordnete Beumer, der bekannte scharfmacherische Handwerker, erwiedert. Es versteht sich, daß der Vertrauensmann der rheinisch-westfälischen Industrieherrn alles, was Hue vorgebracht hatte, als unzutreffend erklärte. Denn wann hätte jemals das Unternehmertum seine Sünden eingestanden; wann hätte es jemals Anschuldigungen von Seiten der Arbeiter als berechtigt anerkannt? Von vornherein kann man erwarten, daß im allgemeinen wie im besonderen alles bestritten wird, was die herrliche kapitalistische Wirtschaftsordnung als zweifelhaft erscheinen lassen, was dazu dienen könnte, den Ruhm des Unternehmertums als des angeblich ehrfurchtigen und aufrichtigsten Freundes der Arbeiter zu gefährden. Auch wenn unwiderleglich und atemberaubend dargelegt wird, daß die Ausbeutungspraktiken zum Himmel schreien, daß Gesetzesübertretungen tausendfältig vorgekommen sind — es wird bestritten und geleugnet von den parlamentarischen und journalistischen Anwälten des Unternehmertums. Insofern bietet die Verteidigungsrede des Abgeordneten Beumer gegen die Anklagen des Abgeordneten Hue nichts sonderlich merkwürdiges. Ihre Eingangssätze und Schlusssätze erscheinen uns aber interessant genug, ihnen noch eine nähere Betrachtung zu widmen.

Herr Beumer begann nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung seine Rede wie folgt: „Der Abgeordnete Hue, der heute leider nicht hier ist, fragte mich neulich, ob ich jemals in einem Walzwerk oder einem anderen Feuerbetrieb gearbeitet habe. Leider nein. Aber auch der Abgeordnete Hue gibt sich seit 1894 dieser Tätigkeit nicht mehr hin, sondern beschränkt sich auf geistige Arbeit an Redaktionsstisch und auf der Rednertribüne. Wenn er aber andeuten wollte, als ob ich kein Mann des praktischen Lebens sei und niemals die Arbeit mit der Hand kennen gelernt hätte, so kann ich sagen, daß ich seit meinem lebenden Lebensjahr schwer körperlich gearbeitet habe, daß ich als Knabe und Jüngling in der Landwirtschaft meine Zeit zwischen Gymnasialstudien und Handarbeit geteilt habe und häufig unter einer mehr als elfstündigen Arbeitszeit nicht ausgekommen bin. In meiner Jugend war man noch nicht so empfindlich im Punkte der Überbürdung. Ich segne heute diese schwere Jugend, sie hat mich kennen gelehrt, wie schwer es ist, mit der Hand zu arbeiten und hat mich den Wert der Arbeit schätzen gelehrt, aber auch mich überzeugt, daß man nicht durch Vorwiegendungen gewisser politischer Parteien, sondern nur durch eigene Arbeit glücklich wird. Es wird Herrn Hue nicht gelingen, mich bei den Arbeitern meines Wahlkreises als einen bequemlebenden Menschen hinstellen, denn sie wissen, daß ich heute noch manchen sechzehnstündigen Arbeitstag in meinem schweren Anze habe. Er mag sich also andere Personen für solche Vergleiche anschauen.“

Der arme Herr Beumer! Zu verwundern ist nur, daß er es bei dieser überaus anstrengenden Arbeit, die ihn seit dem siebenten Jahre in Anspruch nimmt, bis auf sein jetziges, immerhin ganz ansehnliches Alter gebracht hat. Herr Beumer ist nämlich, wie wir im Reichstagsführer sehen, im Jahre 1848 geboren. Er besuchte von 1864 bis 1868 die Volksschule in Wesel, von 1868 bis 1867 das dortige Gymnasium, studierte von 1867 bis 1871 in Bonn Theologie und Sprachwissenschaft, war dann 17 Jahre höherer Schulmeister, bis er 1887 Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen wurde, welchen Posten er auch heute noch versieht. Eine kurze Zeit nach seiner Lehrtätigkeit leitete Herr Beumer noch ein landwirtschaftliches Gut, eine Tätigkeit, die er bald aufgab in der Erkenntnis zu höherem, nämlich zum Handwerker der rheinisch-westfälischen Scharfmacher bestimmt zu sein. Herr Beumers Lebenslauf ist, wie man sieht, recht weit abgegangen von der Art praktischer Arbeit, wie sie sein Gegner, der Abgeordnete Hue, hinter sich hat, der nach einfachem Volksschulbesuch zunächst das Schlosserhandwerk erlernte und dann ein Duzend Jahre, nämlich von 1882 bis 1894, als Arbeiter in rheinisch-westfälischen Berg- und Hüttenwerken geschäftig und geschuftet hat.

Herr Beumers Lebenslauf ist der bei unseren Akademikern übliche, und für so vielseitig wie der Geschäftsführer des Vereins mit dem langen Namen auch halten, so trauen wir ihm, dem anfänglichen Theologen, späteren Schulmeister und endlichen Generalsekretär doch nicht zu, daß er neben und während der Kopfarbeit auch noch, wie er sagt, körperlich schwer gearbeitet und seine geistige Berufarbeit mit Handarbeit geteilt hat — wenn diese Handarbeit etwas anderes gewesen sein soll als bloßer Zeitvertreib. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß, wenn Herr Beumer sein Leben auch nur die Hälfte an Mühsal und Entbehrung getragen hätte, wie sie ein Hüttenarbeiter zu tragen hat, er sich hätte weiden lassen, während auf diese herrliche kapitalistische Weltordnung anzugreifen. Waren die Tage seiner Jugend wirklich so hart, wie er sie schildert — nun, er hat sie seit lange hinter sich. Er stand nie und steht erst recht heute nicht vor dem glühenden Ofen, dessen Blut den Leib ausdort; er wandelt seit zwanzig Jahren in der Gasse der Industrieherrn, die verwendbare Leute seines Schlages der gut zahlen und gut behandeln, und ganz gewiß wird er sich hüten, mit dem Dasein des besagten Arbeiters im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auch nur für drei Monate, geschweige denn für ein ganzes Leben zu tauschen.

„Wir wollen“ — so schloß Herr Beumer seine Rede — „zufriedene Arbeiter und stimmen den Worten Franklins zu, daß jeder, der den Arbeitern anders helfen zu können vorgibt als durch die Aufforderung, seine eigene Kraft und Geschicklichkeit auszunutzen, ein Schwindler ist.“ Wie Herr Beumer sich die „Ausnutzung der eigenen Kraft und Geschicklichkeit“ denkt, geht aus nichts so deutlich hervor als aus der Eingabe an den Reichstag, die er im Jahre 1890 bei Gelegenheit der Gewerbeordnungsnovelle als Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung u. s. w. verfaßt hat. Darin heißt es:

„Wir sind auf Grund der Kenntnis unserer Arbeiterverhältnisse fest davon überzeugt, daß eine unter dem fleißiger und vernünftigen Teile unserer Arbeiter — und den anderen Teil zu fragen, wird man wohl keine Veranlassung nehmen — angestellte Enquete in überraschender Weise ergeben würde, daß die Arbeiter selbst eine ihre Erwerbsverhältnisse notwendig beeinträchtigende und darum irrationelle gefühlvolle Erweiterung des Arbeiterschutzes durchaus nicht wollen, daß sie namentlich davon durchdrungen sind, daß eine zu sehr ausgedehnte Freiheit der jugendlichen Arbeiter nur dazu dienen würde, die ohnehin in großem Umfang hervortretende Zuchtlosigkeit und Vergnügungssucht unserer Jugend noch in bedenklichem Maße zu vermehren; daß weiterhin eine zu große Beschränkung der Frauenarbeit die Lebenshaltung mancher Familien auf das traurigste beeinflussen würde, das endlich zu weitgehende Maßnahmen in bezug auf die Feiertage der Sonn- und Feiertage ihnen zugleich mit der freien Zeit einen Lohnausfall eintragen würden, der durchaus nicht in dem richtigen Verhältnis zum Werte der erlernten Hände; denn durch die verkürzte Arbeitszeit wird dem Arbeiter ohne allen Zweifel ein Lohnausfall erwachsen, da dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann, für eine verkürzte Arbeitsleistung als Gegenleistung so viel zu zahlen, als er dem Arbeiter bei unverkürzter Arbeitszeit zahlen würde. Die Lohnhöhe ist eine Frage der Konjunktur, der Lohn hängt von der Arbeitsleistung ab, die Arbeitsleistung von der Arbeitszeit, und es ist unserer Meinung nach nicht recht, wenn die Freiheit des Arbeiters, zu arbeiten, wenn Gelegenheit dazu vorhanden ist, eingeschränkt wird. Dadurch verfehrt sich die Arbeiterschutzesgesetzgebung in das Gegenteil dessen, was sie sein will und sein muß.“

Das also nennt Herr Beumer, der diesen Grundsätzen bis heute treu geblieben ist, dem Arbeiter Gelegenheit geben zur „Ausnutzung der eigenen Kraft und Geschicklichkeit“. Keinen gesetzlichen Schutz der Arbeitskraft, keine Organisation der Arbeiter zur Besserung ihrer Lebenslage, sondern mehr- und willenslose Unterordnung der Lohnsklaven unter das Machtgebot und die Willkür des Unternehmertums — das sind die Grundsätze der industriellen Scharfmacher und ihrer willigen Handlanger vom Schlage der Bued, Beumer und Konsorten. Auf diese Weise hoffen sie „zufriedene Arbeiter“ zu züchten — mit welchem Erfolg, das zu erfahren hat das Ausbeutertum ja an dem Wachstum der modernen Arbeiterbewegung reichlich Gelegenheit.

Mag Herr Beumer sich bei seinem sechzehnstündigen Arbeitstag wohl fühlen, die Arbeiter hören ihn gewiß nicht in dem Bewußtsein, als treuer Schaffer im Weinberg des Kapitalismus sich ungemessene Verdienste erworben zu haben. Wir aber, die Herr Beumer „Heher“ und „Aufwiegler“ nennt, werden fortfahren, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß des Volkes edelster und größter Teil doch etwas mehr wert ist als einer Handvoll Kapitalisten zur Bereicherung zu dienen.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.

(Schluß)

— Ein breiter Raum wird dem „christlichen Sozialismus“ gewährt, zunächst dem des Mainzer Bischofs Ketteler, der bekanntlich nur durch das Auftreten Lassalles zur Beschäftigung mit der sozialen Frage veranlaßt wurde und der auch dessen „ehernes Lohngesetz“ anerkannte. Aber den sozialistischen Grundgedanken Lassalles lehnte er ab und die von ihm aufgestellten Forderungen waren: 1. eine dem wahren Werte der Arbeit entsprechende Erhöhung des Lohnes; 2. eine Verkürzung der Arbeitszeit, entsprechend den Anforderungen der gesundheitlichen, geistigen und religiösen Bedürfnisse nebst der Gemäßung von Aufstagen; 3. das Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder und der verheirateten Frauen; 4. Schutz der Sittlichkeit der weiblichen Arbeiter durch Trennung der Geschlechter bei der Arbeit, Ausübung der Leitung bei der Arbeit durch weibliche Personen, wobei er jedoch hinsichtlich der damals oft geforderten Ausschließung der weiblichen Arbeit von der Fabrikarbeit keine Stellung nimmt. So ausweichend verhielt er sich auch gegenüber der Frage der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Er beschränkte sich darauf, zu verlangen, daß das „Streben nach Erhöhung des Lohnes in innigem Zusammenhang mit der Religion und Sittlichkeit bleibt“. Offen trat er nur für die Gründung allgemeiner konfessioneller Vereine ein, die im engen Anschluß an die Kirche und unter der Leitung von Geistlichen die Pflege religiöser Gesinnung an erster Stelle und daneben freilich auch die Verwirklichung sozialer, ihren Stand fördernder Einrichtungen sich zur Aufgabe stellen“. Das Hauptgewicht der Tätigkeit der katholischen Arbeiterbewegung wurde auf die Abwehr sozialistischer und liberaler Einwirkungen gelegt. Erst im Anfang der neunziger Jahre zeigten sich einige Ansätze zu gewerkschaftlichen Organisationen, so in Aachen. Als Hauptverbände galten die der Kadelarbeiter, der Lucharbeiter und der Verband sonstiger Arbeiter: zum ersten Verband gehörten als Unterabteilungen die Vereinigungen der Blauer, Abblauer, Blank- und Raubarbeiter, zum zweiten die der Weber, Spinner und der übrigen Lucharbeiter, zum dritten namentlich die der Raschiner- und Eisenblecharbeiter.

Die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Vereine war keine durchgreifende, die Pflege religiöser Interessen gegenüber dem „materialisti-

schen Zeitgeist“ stand im Vordergrund.“ Als dann der Kulturkampf kam, wurden sie in das Fahrwasser der kirchlichen Politik gezogen und infolge dessen der christlich-soziale Verein in Essen mit seinen 3000 Mitgliedern im Jahre 1877 aufgelöst. Das 1878 in Kraft getretene Sozialistengesetz habe nach Dr. Müller auch an anderen Orten sich auflösen oder zu religiösen Korporationen sich umgestaltet. Während des Sozialistengesetzes machten die leitenden katholischen Kreise in Übereinstimmung mit der Bismarckschen Sozialpolitik in bespotisch-wohltuenden „Börsenvereinen“, durch die der traditionellen „beschränkte Untertanenverstand“ der Arbeiter für ewige Zeiten konserviert werden sollte. Diese bauernschlaue Überwertungs-taktik, die feile Lobredner Staatskunst nennen, machte da wie dort Fiasco, das in der kolossalen Vernechtung der sozialdemokratischen Reichstagswählerstimmen seinen wichtigsten und demonstrativsten Ausdruck fand und endlich durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes klipp und klar auch offiziell quittiert wurde.

In demselben Jahre 1890 gründete das Zentrum den „Volkverein für das katholische Deutschland“, der „über die sozialen Aufgaben der Zeit belehren, zur Mitarbeit an ihrer Lösung in den Kreisen des katholischen Volkes anregen“ sollte. „Es sollte eine große antisozialistische Arbeiterbewegung inmitten der unteren Volksklasse selbst geschaffen werden, damit dort der Widerstand gegen den Umsturz eingepflanzt werde, wo die Gefahr stündlich, wenn man so sagen darf, wächst, wo keine Macht, kein Gesetz und keine Autorität, Meinungen und Ideen, Vorurteile überwindet, als die aus der Mitte des Volkes selbst erstehende Kraft der Gegenwehr.“ Also Mißbrauch des arbeitenden Volkes zur Wahrnehmung der Interessen der reichen Katholiken gegenüber der modernen Arbeiterbewegung.

Im Anschluß an die Besprechung des Rundschreibens des Papstes Leo XIII. über die soziale Frage konstatiert Dr. Müller, daß die nächste Folge davon nur die Förderung der einseitig konfessionellen Vereine, der katholischen Gesellenvereine und namentlich der katholischen Arbeitervereine war, in denen neben der Pflege der eigentlich religiösen Aufgaben auch die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Standesinteressen mehr denn ehemals betont wurde. „Die Einrichtung verschiedener Unterstützungsstellen, wie Sterbe- und Krankengeldzuschüssen zc., ferner die Einrichtungen zur Pflege der geistigen Bildung, wie Bibliotheken, Unterrichtskurse wurden eifrig gefördert, wenn auch nicht immer mit nötigem Geschick ausgeführt. Freilich war anfänglich die Abwehr sozialistischer Irrtümer (Die Redaktion) der hauptsächlichste Zweck der einseitigen Tätigkeit. Hatte die Gewalt der Polizei gegen die Sozialdemokratie verjagt, so gedachte man jetzt durch Hinlenkung auf die Znangriffnahme wirtschaftlicher Reformen die katholischen Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu bewahren. Je mehr aber die katholische Arbeiterschaft sich in diesen Reformen praktisch betätigte und damit den wirtschaftlichen Bestrebungen höheres Interesse als bisher zuwandte, um so mehr wurde die soziale Reformarbeit ihrer selbst wegen Gegenstand der Tätigkeit in den Arbeiter- und Gesellenvereinen.“

Damit war nach Dr. Müller der Gedanke einer beruflichen Organisation der christlichen Arbeiterschaft aufs neue angeregt. Was aber die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses den christlichen Arbeitern mit besonderer Eindringlichkeit vor Augen führte, waren besonders die Erfolge, die die gewerkschaftlichen Organisationen „der Sozialdemokratie“ aufwiesen. „Infolge der Aufhebung des Sozialistengesetzes hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften größere Bewegungsfreiheit erlangt. Sie hatten durch Förderung der Zentralverbände, durch Schaffung einer Generalkommission ihrer Bewegung erhöhte Festigkeit und Einheit verliehen. Auch bot ihre Tätigkeit bei der Durchführung von Lohn- und Arbeitsfreitragungen den Beweis, daß die beruflichen Organisationen einen sichereren Weg zur Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse abzugeben vermögen.“

In dieser erfolgreichen Tätigkeit der freien Gewerkschaften mußten die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine gerabzu einem Zwang erblicken, in gleicher Weise vorzugehen, um zu verhindern, daß die noch in ihrem Lager stehenden katholischen Arbeiter, von der Macht der Verhältnisse gedrängt, sich ebenfalls den geistigen freien Gewerkschaften anschließen, die weber kapitalistischen noch geistlichen Einflüssen unterliegen, sondern reine Arbeiterorganisationen sind. So wurden dann in den katholischen Arbeitervereinen die „Fachabteilungen“, die Surrogate für die reinen Arbeitergewerkschaften sein sollten, gegründet, nicht auf die Initiative der Arbeiter hin, wie Dr. Müller selbst offen zugesteh, sondern derjenigen „ihrer Freunde aus anderen Ständen (Geistliche zc.)“, die so die sozialistischen Ideen aus dem wirtschaftlichen Leben glaubten fernhalten zu können. Diese Bevormundung ging so weit, daß der Vorsitzende der „Fachabteilung“ der Genehmigung durch den geistlichen Präses bedurfte. Die „Fachabteilungen“ erwiesen sich als Mißgeburt; mit ihren Wochenbeiträgen von höchstens 10 Pf. und Monatsbeiträgen von 20 bis 30 Pf. konnten sie auch keinerlei materielle Mittel gewinnen. Es wurde also der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation wieder diskutiert, auch der Eintritt der katholischen Arbeitervereine

* In einer Note wird dazu bemerkt: „Daß die christlich-sozialen Vereine noch sehr weit von jenen Organisationen entfernt waren, welche dem Arbeiter beim Abschluß des Lohn- und Arbeitsvertrags gegenüber dem Arbeitgeber die notwendige Selbständigkeit und Freiheit brängen, geht unter anderem aus der in mehreren Vereinen vorgeesehenen und wahrnehmbar dem Vorbild der belgischen katholischen Arbeitervereine nachgeahmten Einrichtung der Patronate der Arbeitgeber hervor, damit die Fabrikherren den Arbeitern Anleitung und Rat geben und sie in der Überzeugung (was für Überzeugung?) leiten! Man verachte auch den sich bildenden Vereinen eine Zentrale zu geben und wählte zu diesem Zwecke einen Ausschuss, dessen Zusammenkunft aus Abseigen, Parteiführern, Geistlichen (v. Schorlemer, Abgeordneter Pieber, Professor Schulte) nicht minder das Gepräge der Patronage an sich trug.“ Damit die Arbeiter nicht selbständig denken und handeln konnten und dumm, unwürdige Kinder in der Gestalt von Erwachsenen blieben.

mitglieder in die freien Gewerkschaften oder Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Die Statuten dieser Organisationen waren kein Hindernis gewesen, wohl aber seien die antireligiösen und parteipolitischen Bestrebungen der Gewerkschaften solche Hindernisse gewesen. Das sind natürlich faule Ausreden, denn in den Gewerkschaften wird in der Tat weder antireligiöse noch parteipolitische Tätigkeit entfaltet und in der Gewerkschaftspresse wird Arbeiterpolitik getrieben, die freilich immer in Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei steht, weil diese eben die einzige Arbeiterpartei, die Partei der Arbeiterpolitik ist. Im Zusammenhang mit der nationalliberalen Schlotjunckerpartei oder mit der konservativen Krautjunckerpartei kann sie doch unmöglich gebracht werden, denn die Arbeiterpolitik dieser Parteien war und ist immer eine solche zur Niederhaltung der Arbeiter. Und die Arbeiterpolitik der Zentrums- partei ist nur ein Teil der Allermittelpolitik, die sie für die Kraut- juncker und andere Agrarier, für Junkier, für die katholische Kirche und andere Interessengruppen treibt. Mit ihrer Arbeiterpolitik bleibt unsere Gewerkschaftspresse vollkommen im Rahmen der ihr gestellten Aufgaben und sie tut damit nur das gleiche wie die Fachpresse des gesamten organisierten Unternehmertums, die ohne jede Selbst- beschränkung Unternehmerpolitik treibt. Antireligiös ist auch die Gewerkschaftspresse nicht, wenn man nicht böswillig die Kritik an dem arbeitserziehbaren, kapitalistischen Gehalten irgend eines Geistes- lichen als „antireligiösen Kampf“ unzufällig will.

Ein Hindernis gegen den Anschluß der Mitglieder der katholischen Arbeitervereine an die freien Gewerkschaften soll auch deren Auf- fassung vom Klassenkampf gebildet haben. Die Zentrumspartei und die ihr noch zugehörigen katholischen Arbeiter spielen in dieser Frage eine geradezu hemmende Rolle. Sie können das Beharren verschiedener Gesellschaftsklassen, der Interessenverschiedenheit, der Interessengegenstände nicht leugnen, ebensowenig die daraus ent- springenden Kämpfe. Aber diese Kämpfe sollen nicht Klassenkämpfe heißen, was sie doch sind, die katholischen Arbeiter sollen auch keine Klassenkämpfe führen, obwohl ihnen von den geistlichen und anderen Herren gnädigst die besondere wirtschaftliche Organisation, auch die Führung von Lohnkämpfen, selbst von Streiks, gestattet worden ist.

Der unangefochene Hauptgrund der Fernhaltung der nicht bloß religiös, sondern auch parteipolitisch zur Zentrumspartei ge- hörigen Arbeiter von den freien Gewerkschaften war die Befürchtung, sie aus der Vormundhaft zu verlieren, sie nicht mehr an gewohnten Gängelband leiten und beeinflussen zu können und darum wurden schließlich Sondergewerkschaften, „christliche“ Gewerkschaften ge- gründet, „christliche“ und nicht rein katholische, von auch evangelischen Arbeitern den Anschluß zu ermöglichen. In der Hauptsache sind es aber katholische Gewerkschaften geblieben.

Über den Entwicklungsgang der katholischen oder christlichen Gewerkschaftsbewegung ist nicht viel zu sagen, da sie vollständig in jeder Beziehung die freien Gewerkschaften kopieren. Nächstens ist eine Spur von Original, eine eigene, selbständige Idee, eine eigene Weisheit zu entdecken, alles, aber auch alles an der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist Nachahmung, blasse Kopie der freien Gewerkschaftsbewegung, nicht als Kopie, die aber nie immer nur ein blasser, schlechter Abklatsch des Originals ist. Erst lokale Gewerks- schaften, dann Verbände, dann Gewerkschaftstabelle, dann Zentral- stelle; erst niedrige Beiträge, dann höhere Beiträge und Aufstellung von Verbandsbeamten; erst wenige, kleine und selten erscheinende Gewerkschaftsblätter, dann Vermehrung derselben, späteres Erscheinen, größeres Format und als Gegenstück zu unserem Korrespondenzblatt das christliche Zentralblatt. Als innere Verbindlichkeiten folgen der Ansehen des Unterhaltungsorgans in allen seinen verschiedenen Zweigen. Ebenso verhält es sich mit den Forderungen an die Unter- nehmer nach an die Gewerkschaft. Überall nur Kopie. Das Ge- hörgen erinnert an das launigste und gewerkschafts-industrieller Konstanten, die einander in allem nachahmen, die einander zu über- bieten suchen, um einander aus dem Felde zu schlagen.

In den Konfliktkämpfen auf dem Gebiet der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben die freien Gewerkschaften die geistige Führung, die Macht der Waffen, die Stärke der Organisation, den Segen der Erfolg für sich. Die christlichen Gewerkschaften folgen ihnen nur als ihr Schatten und sie sind dagegen, auch geistig und materiell genommen, nur ein Schatten. Unter diesen Umständen war der Konfliktkampf zwischen den freien und christlichen Gewerks- schaften nur vorübergehend entstanden, schließlich nach den Gesetzen des Kampfes aus. Daran ändert der Fortbestand der christ- lichen Gewerkschaftsbewegung nichts. Sie ist mit der Kraft der fremder Protesten geboren, sie trauet darum, fremden Interessen zu hinhängen, der Bekämpfung und Beseitigung der Sozialdemokratie, und sie ist darum zum dauernden Scheitern verurteilt, das die an- bringlichen Sympathien Bülowes und Hofmanns nur verschleiern können.

Die freien Gewerkschaften dienen ausschließlich den Arbeiter- interessen, der Hebung der Lebenslage des erwerbenden Volkes. Ihre Forderung war und ist: Alles für die Arbeiter und alles durch die Arbeiter! Dabei sind sie groß und fast geworden und diese Parole führt ihnen auch die Zukunft.

Frankenbergs neue „Gesellschaft“.

Es gibt doch immer noch häßliche Sozialpolitiker, die sich immer und immer wieder abmühen, die Frage zu lösen, wie man Kapital und Arbeit verbinden kann. Unsere sozialpolitische Ge- schichte wurde ja auch eigens dazu gegründet, um den Gewerkschaften und der noch verhassten sozialdemokratischen Partei den „Weg aus dem Segen“ zu weisen. Kräftegeber und Arbeiter sollten nicht wie bei den Zwangsvereinigungen „unzulässig zusammenarbeiten“, zum Wohle der Beschäftigten zusammenarbeiten, verzeihen allen Kräftegebern und — Kräftegebern! Woher dieses „Wohle“ kommt? Keine Kräftegeber und Arbeiter werden wohl seit zwei Jahrhunderten in den Berechnungen der Doktrinentanten einträglich zusammen in den Betrieben und Zwingenvereinigungen als Bestandteile einer Arbeiter- vereinigung mit „Selbstverwaltung“, um den Klassenkampf zu über- dachen, „gemeinlich“! Was ist es auch anderes? Im „gemeinlichen“ der Zwangsvereinigungen haben sich beide Teile zusammen, um die ihnen erwartete Berechnung der Kräfte zu prüfen, zu über- wachen, die Statistik anzuhaken. In diesen Punkten wurde das Wohl eines einträchtigen Zusammenarbeitens zum Wohle der Be- schäftigten vollständig erreicht. Mehr leidet der Beschäftigte in diesen Punkten wirklich nicht verlangen und was dieses einträchtige Zu- sammenarbeiten heißt, das wird dem gewöhnlich empfindlichen Ge- fühligen geschrieben. Gewissermaßen es die sozialdemokratischen Kräfte, die als erste Leiter gegen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiterlichen Vereinigung traten, um um ihre selbständigen Zwecke zu erreichen, aber was es die ihnen übergebenen Kräftegebern, wenn das Wohl der Kräfte menschen heißt, das ist das der ersten Kräftegeber. Eine sehr tiefe und breite Kluft trennt aber dieses Wohl mit Selbstverwaltung von den beiden anderen sozialpolitischen Ge- setzen — der Zwangsvereinigung und Kräftegebervereinigung. Je größer die Zwangsvereinigung der Kräftegeber nach jeder Hinsicht gegen die

beiden „Schwestergeetze“, die aber beide die arme Krankenversicherung als Nischenbrödel betrachten und auszunutzen verstehen. Warum das? Was die Krankenversicherung auszeichnet, gewissermaßen als demo- kratische Gesetzgebung ehrt, ist den beiden anderen Gesetzen verweigert. Von einer Mitarbeit der Versicherten keine Spur, obwohl beide Ge- setze doch extra für die Versicherten gemacht worden sein sollen! Unsere Volkblutunternehmer verwalten die Unfallberufsgenossenschaft ganz allein, verzichten auf jede Mitarbeit der Versicherten im Vor- stand und den so wichtigen Entscheidungsmitteln. Ebenso in „Ordnung“ finden es unsere Landesräte, daß nur Regierungs- beamte mit hohen Gehältern die ganz miserabile und so tief verhasste Invalidenversicherung verwalten und zum Hofe auf die Bestreben der Arbeiter diese durch einen oder zwei Vertreter im Kreise der an Zahl dreifach überlegenen Bureaucratie „mitberaten“ lassen. Auch das findet der „Sozialpolitiker“ von heute ganz in der Ordnung und mündert sich, daß denkende Arbeiter sich immer mehr von dem „Segen“ dieser Geetze abwenden. „Missverständnisse“ sollen es aber nur sein! Man lerne sich zu wenig kennen und deshalb sei vor allen Dingen das Hauptgewicht darauf zu legen, alle Teile und Interessenten der sozialpolitischen Geetze erst einander näher zu bringen.

Das will Herr von Frankenberg, wohlhabender Stadtrat in Braunschweig, mit seiner neuen „Gesellschaft für Arbeiter- versicherung“, die sogar international wirken soll. Der letzte internationale Arbeiterversicherungs-Kongress zu Wien vom September 1905 liegt dem braven Stadtrat noch schwer im Magen. Die Sturm- hzene bei dem Versuch, den Arbeiterdelegierten das Wort zu entziehen, das Gelächter ob der faulbilden Lügen unserer Regierungsmänner über die Wirkung der herrlichen Gesetzgebung, die sogar einen russischen Kriegertrug auf einem Subjekt auf die Fürsorge des väterlichen Jar verleitet, haben ihm zu denken. Er kann und kann! Endlich ein Plan! Man muß unbedingt in Deutschland den Anfang machen mit einem Verein — zuna- chst ja so „wenig“ Vereine schon existieren — und in diesem alle Interessenten zusammenarbeiten lassen! Denn es fehle der engere Zusammenhang untereinander und die gleichmäßige Beteiligung von Beamten und Privaten, Ärzten, Schriftstellern, Arbeitern, Vertretern der Krankenkassen, Berufs- genossenschaften, Versicherungsanstalten u. i. w. Die Kongresse gingen ja immer auseinander und kein Aktionskomitee bleibe bestehen. Deshalb diese neue „Gesellschaft“. Gut, sehr gut wird diese Gesellschaft allerdings aussehen. Mit den — „Beamten“ fängt ja auch Frankenberg an! Deshalb auch nicht? Wir leben in einem Beamtenstaat und die Zukunft der ganzen Arbeiterversicherungsge- setze soll ja auf die „Mitarbeit“ schneidiger Beamten beruhen. Deshalb hat auch der Beamte von Frankenberg an seine Kollegen, die ja bekanntlich alle Weisheit gepachtet haben, in erster Linie gedacht. Dann kommen die — „Privaten“, die, besser gesagt, von der ganzen Materie wenig oder gar nichts verstehen und deshalb den Herren Beamten doppelt angenehm sein können. Das dann die Ärzte wieder zuerst benannt werden, hat seinen Grund darin, daß nach der Meinung vieler Leute die ganzen Geetze ja für die Hebung der Lage des deutschen Arbeiterstandes extra gemacht wurden. Des- halb ist es ganz richtig, die Arbeiter und deren Institute ganz zuletzt zu nennen. Ja sagen haben diese ja doch nichts, weshalb also das Aufsehen?

Sind sie sich also wirklich solche „Arbeitervertreter“, die Lust und Liebe haben, an dem Wagen ehrgeiziger Beamten zu ziehen, so kann die Sache ja losgehen!

Was soll nun diese bunte Gesellschaft leisten? Für den Aus- bau der Sozialversicherungswesen? Gewiß! Das wäre ja Grund zum Nichtstun der hohen und höheren Behörden, der Herren Vorgesetzten der Beamten. Man distanziert — „zentrale Fragen“, gibt eben zusammen, lernt sich kennen, sagt sich viele Artigkeiten gegenseitig und verläßt nach einem „angenehmen Abend“ die Stube wieder! In welcher Richtung diese Gesellschaft am „Ausbau“ der sozialpolitischen Gesetzgebung arbeiten soll, hat von Frankenberg trotz einer „unzufälligen“ Darlegung seines Planes in dem Reform- blatt für Arbeiterversicherung nicht verstanden. Wir waren deshalb sehr gespannt, das Höhere zu hören, wenn Frankenberg seinen lange an- gedauerten Vortrag über dieses Thema in Frankfurt a. M. halten würde. Wir lesen nun diesen Vortrag in letzter Nummer des Reformblattes, das offenbar nach dem Sitzungsprotokoll berichtet, und sind noch mehr enttäuscht. Von einem bestimmten Programm gar keine Spur. Worte, Worte, die bekanntlich auch den Diplomaten dienen, die wenigen Gebunden zu verbergen. Um alle Kräftefragen den be- kannten Göttern — im Hause Bild. Ausbau der Geetze, Be- teiligung der Kräfte, letzter Vorschlag, die nicht erst ein Frankenberg zu wiederholen brauchen. Nur angeblich, leise und ganz, damit es ja nicht auffalle, finden wir in dem Referat auch die Ansicht des „Krautjunckers“ über die künftige Gestaltung des Selbstverwaltungsrechtes. Die Hälfte Arbeiter und Arbeitnehmer und an der Spitze des Zentrums ein — Beamter des Staates oder der Kommune! Das will ja auch der vielgenannte Dr. Fremad-Berlin, der ja ausdrücklich versichert, daß das „wahre“, richtige Verwaltungs- recht nur dann vorhanden sei, wenn die Versicherten nicht mehr zu sagen haben, die „Spitze“ alles allein macht, machen kann, wie dies ja heute schon ein Dr. Fremad als „Spitze“ der Landes- versicherungsanstalt Berlin tatsächlich machen kann, um zwei bis dreimal im Jahre die Herren „Seiner“ zu einer Sitzung ein- zuladen hat.

Frankenbergs Plan ist dabei für die Gruppe, die ihren Sitz möglichst am Ende eines Schicksals für Arbeiterversicherung haben soll, doch „politische Arbeit“ gründen! Die neue Gesellschaft soll für die „Erziehung von Genesungssheimen, für Verwaltung von Rechnungen über gewerbliche Hygiene, Gesundheitspflege“ u. dgl. wirken — die Schaffung einer Arbeitsstelle für Arbeiterversicherungs- angelegenheiten — „Krautjuncker“. Ist das alles? Und deshalb das Geheiß? Dazu kommt man wohl kaum eine neue Gesellschaft zu gründen. Genesungssheimen werden ja heute schon von Sozialräten, Ver- waltungsausschüssen u. dgl., aber, wie dies einzig möglich, gemacht, er- reicht, da ja gewöhnliche Mittel fehlen. Rechnungen dieser Art veranlassen jede Gewerkschaft, die auch in allen Städten besteht ist, Ankaufsfel- den — Arbeitervereine zu errichten und zu erhalten, die aber dann mehr zu tun haben, als nur in Kräftegebervereinen Ankauf zu geben.

Frankenbergs Plan ist dabei wohl möglich. Will man wirklich Sozialpolitik treiben, so geht der ganze Segen bald aus dem Land, da ja die unternehmenden Elemente der „Krautjuncker“ werden sollen. Eine neue „Krautjuncker“ des berühmten Dr. Hingens im Reichstag wird zunächst genug bringen, die realistischen Pläne der Regierung werden in Gegenwart der Herrn Beamten, die ja „des Krautjuncker“, nicht geändert, „erhalten“ werden können. Unerschöpfliche Forderungen der Kräfte, die gewarnt das höchste Selbstverwaltungsrecht zur Seite setzen wollen, darf man nicht mit dem Namen Krautjuncker, und die Vertreter der Kräftegebernvereine mit Kräftegeber- vereinen werden dagegen protestieren, wenn der Versuch gemacht würde, deren miserabile Verwaltungsgang zu bestreiten. In einem „angenehmen Abend“, sozialpolitischen Kräfte- gebern hat aber das sogenannte „Krautjuncker“ keine Zeit und auch deshalb über die künftige Gestaltung der Sozialversicherung

Vom Schiffbau.

Den Werftbesthern geht es wie vielen Bauern. Ist die Ernte schlecht, so schimpfen diese; ist sie gut, so schimpfen sie auch, und zwar darüber, weil sie nicht besser gewesen ist. Wie die nachfolgenden Zeilen zeigen, sind die bedeutendsten deutschen Werften durchweg alle sehr stark beschäftigt. Trotzdem vielfach Jammern und Scharf- machen ein großes.

Emden. Nordseewerke. Abgeliefert: Doppelschraubens- dämpfer „Sajonia II“ für argentinische Rechnung (Tragfähigkeit 900 Tons).

Kriegsgesellschaft Weser, Bremen. Aufträge: Zwei Leucht- schiffe vom Sonnen- und Valenamt Bremen und eins von der Re- gierung in Schleswig.

Bei H. G. Rickmers in Geestemünde lief am 8. Februar der Fünfmaster „R. G. Rickmers“, das größte Segelschiff der Welt (5400 Tons), vom Stapel.

Geestemünde. G. Seebeck, Aktiengesellschaft. Auftrag: Vier Fischdämpfer für die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Nordsee. — Joh. C. Ecklenborg. Auftrag: Zwei Frachtdämpfer für Hamburg Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft (je 5000 Tons). Ab- geliefert: die Frachtdämpfer „Hessen“ und „Westfalen“ für den Nord- deutschen Lloyd (je 5000 Tons). Der Aufsichtsrat hat beschlossen, neben reichlichen Abschreibungen auf das erhöhte Aktientkapital eine Dividende von 10 Prozent vorzuschlagen.

Vegesack. Bremer Vulkan. Auftrag: Fracht- und Passagier- dämpfer von 8000 Tons für die Hamburg-Amerikalische. Stapellauf: Frachtdämpfer „Schwaben“ für den Norddeutschen Lloyd (Wasser- verdrängung 8000 Tons; besonders für Frachttransport eingerichtet). Abgeliefert die Dämpfer „Anatolia“ und „Agina“ von je 3000 Tons Tragfähigkeit für die Bremer Dampferlinie Atlas. Nach dem Jahres- bericht der Firma wird eine Dividende von 10 Prozent verteilt werden (gegen 6 Prozent im Jahre 1904). Außerdem werden umfangreiche Abschreibungen vorgenommen und 120.000 Mk. zur Bildung einer Spezialreserve zurückgestellt werden. Die Höchstzahl der beschäftigten Arbeiter betrug 2500 (1904: 2200). Gesamtanlange der 1905 ab- gelieferten Fahrzeuge: 34.250 (24.000). Außerdem wurden noch ge- baut 11 Dampfschiffe und 15 Lichtmaschinen von zusammen 20.280 indizierten Pferdestärken (15.600), ferner 32 Dampffessel von zusammen 6000 Quadratmeter Heizfläche. Gesamtanlange der von 1905 übernommenen und bis jetzt erhaltenen neuen Aufträge: 30.000. Weitere Aufträge: 12 Dampfschiffe und 15 Lichtmaschinen von 17.700 indizierten Pferdestärken und 25 Dampffessel von 4200 Quadrat- meter Heizfläche.

Einwarden. J. Friedrichs, Aktiengesellschaft. Auftrag: Ein Fischdämpfer für die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Nordsee. — Hamburg. Blohm & Boff. Aufträge: Zwei Doppelschraubens- Fracht- und Passagierdämpfer von je 8300 Tons Größe für die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Kosmos; ein Fracht- und Passa- gierdämpfer von 8000 Tons für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Stapellauf: Dämpfer „Prinzessin“ für die deutsche Ostafrikanische. — S. Brandenburg. Stapellauf: Dampfbarkasse für die hamburgische Hafenpolizei. — Janssen & Schmilinsky. Abgeliefert: Dämpfer „Adjutant“ für die deutsche Ostafrikanische. — Die Deutsche Werft hat eines der beiden Motor- boote, die von der Kaiserlichen Marine bestellt worden sind, abgeliefert. Diese Boote sollen versuchsweise als Weiboote auf Torpedobooten ver- wendet werden. Außerdem hat die Werft verschiedene Motorboote von Privatleuten in Auftrag erhalten. — Reicher-Riesch-Schiffswerft. Aufträge: Je ein Fischschleppdämpfer und großer Leichter für Fisch- transport von einer Firma in Nikolajewsk. Ein Frachtdämpfer von 300 bis 400 Tons. — S. C. Stülcken Sohn. Auftrag: Zwei Fischdämpfer für Konstantin Altonaer Industrieller und Kaufleute. — J. S. N. Wichhorst. Aufträge: Je ein Fischdämpfer für Egon Vidal in Hamburg und Thode & Ebeling in Altona. Stapellauf: Schlepp- dämpfer „Wag Soetje“ für die Bugfischermeister Gebrüder Soetje, Hamburg.

Tönning. Siderwerft. Stapellauf: Dämpfer „Maia“ für die Firma Holm & Wolken in Schleswig (Ladefähigkeit 3950 Tons). Abgeliefert: Frachtdämpfer „Mars“ für A. Hansen in Flensburg.

Flensburg. Schiffsbaugeellschaft. Stapellauf: 6. Januar: Nr. 255, Frachtdämpfer „Stolzenfels“ für die deutsche Dampfschiff- fahrtsgesellschaft Hansa in Bremen (Tragfähigkeit 8000 Tons); 10. Februar: Dämpfer „Vinden“ für die Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg (Tragfähigkeit 6750 Tons); 3. März: Dämpfer „Celia“ für die Firma A. Kirsten in Hamburg (Tragfähig- keit 1500 Tons). Abgeliefert: Dämpfer „Gutenfels“ für die deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa in Bremen (Tragfähigkeit 8000 bis 9000 Tons).

Dietrichsdorf bei Kiel. Homaldiswerke. Stapellauf: Schwimmbock für die königliche Hafenbauinspektion in Pillau (Trag- fähigkeit 900 Tons); Fracht- und Passagierdämpfer „Mathilde“ für die Firma M. Jepsen, Apencade (Tragfähigkeit 1800 Tons); drei Passagierdämpfer für die Neue Dampferkompagnie in Kiel; der Tender „Delphin“ für die Kaiserliche Marine. Abgeliefert: Fracht- dämpfer „Marie“ für M. Jepsen in Apencade (das zwanzigste Schiff, das an diese Reederei geliefert worden ist).

Kiel. Kaiserliche Werft. Kiellegung: Kleiner Kreuzer „Graf Blig“.

Kennmühlen bei Kiel. J. Jakobsen. Auftrag: Ein Nordsee- fischerkutter für die Firma Bachhaus in Blankenese, der sämtliche neuen Verbesserungen enthalten soll.

Süder. Henry Koch. Auftrag: Dämpfer „Rauer“ für Rech- nung des Norddeutschen Lloyd (600 Tons, bestimmt für hinter- landische Küstenfahrt). Stapellauf: Dämpfer „Gef zum Bach“ für die Firma Leonhardt & Blumenberg in Hamburg (Tragfähigkeit 2900 Tons). Abgeliefert: Kohlendämpfer „Helene Blumenfeld“ für die Firma Gd. Blumenfeld in Hamburg; Dämpfer „Serta“ für die Flens- burger Dampfschiffahrtsgesellschaft von 1869 (Tragfähigkeit 2600 Tons), bestimmt für die Fahrt an der dänischen Küste.

Koßdorf. Reptunwerft. Stapellauf: im Dezember der Dämpfer „Hornrad“ für die Firma H. C. Horn in Schleswig (4000 Tons; das fünfzehnjährige von der Reptunwerft an diese Reederei ge- lieferte Schiff). Trotz der gegenwärtig dort herrschenden Differenzen ist der Aufsichtsrat immer noch in der Lage, neben reichlichen Ab- schreibungen und den gesetzlichen Rücklagen eine Dividende von 5 Prozent vorzuschlagen. Außerdem sollen im Rückblick auf die noch ungelärten Arbeiterverhältnisse den Dispositionsfonds noch 35.000 Mk. überwiesen werden. Über diese Vorschläge wird eine für den 21. März einberufene Generalversammlung entscheiden. Die Werft ist mit Aufträgen versehen, die teilweise noch in das Jahr 1907 hineinreichen.

Stettin. Oberwerke. Aufträge: Passagierdämpfer für Meise Küstenfahrt (Baukörper mit Schwermetalle und eleganter Auf- fassung); drei Barkassen für Rechnung der Regierung; zwei Doppel- schraubenspassagierdämpfer für Berliner Reederei. Abgeliefert: Eis- brecher „Bismarck“ für Rechnung der Stettiner Kaufmannschaft (Schiff von 1200 indizierten Pferdestärken, Bergungspanne mit 500 Kubikmeter pro Stunde Leistungsfähigkeit, außerdem noch Lad- rome zur Aufnahme von Kaufmannsgütern, die von havarierter Schiffen geborgen sind); Dämpfer „R. C. Frohne“ für Flensburger Reederei. — Vulkan. Auftrag: Kleiner Kreuzer „Graf Bach“ (soll

Zurbinenantrieb erhalten). Stapellauf: Dampfer „Navarra“ für die Hamburg-Amerikanische. Die Wasserdrängung des vollbeladenen Schiffes beträgt 11.800 Tons. Es soll hauptsächlich für den Fracht- und Zwischendeckspassagierverkehr nach dem Sa Plata dienen. Die Kessel sollen für künstlichen Zug eingerichtet werden.

Danzig. Johansen & Co. Abgeliefert: Radschleppdampfer „Blöclamel“ für die Firma J. G. in Danzig. Länge 48 Meter, Breite 6,15 Meter, Seitenhöhe 2,15 Meter. Dreifach-Expansionsmaschine von 335 indizierten Pferdestärken. Da das Schiff hauptsächlich für den Schleppdienst auf der russischen Weichsel bestimmt ist, hat es nur 62 Zentimeter Tiefgang.

Papenburg. J. G. Meyer. Abgeliefert: Dampfer „Bussard“ für Rechnung der Regierung zu Schleswig.

Die neue, von der Firma Frerichs & Co. zu Emswarden projektierte Werft soll so groß werden, daß dort 2000 Arbeiter beschäftigt werden können. Es sind sechs Hellinge vorgesehen.

Für den Dockbetrieb der Nordseewerke in Emden ist eine eigene Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet worden. Das Stammkapital beträgt 780.000 Mk. Geschäftsführer ist der Werftdirektor Hans W. Schulz in Emden.

Als klassisches Beispiel von der Industrialisierung Deutschlands kann man die Tatsache betrachten, daß der Eigentümer des an der Trave zwischen Lübeck und Travemünde gelegenen Hofes Dänischburg eine eifrige Propaganda treibt zur Verwertung eines an der Trave günstig gelegenen Terrains zur Anlage einer großen Schiffswerft nebst Maschinenfabrik und Schwimmdock. Von interessierten Kreisen wird diesem Unternehmen eine große Zukunft prophezeit. Man rechnet jedenfalls auch damit, daß es nicht in oder in unmittelbarer Nähe einer größeren Stadt liegen wird, so daß die erforderlichen qualifizierten Arbeiter sich schon in der Nähe ansiedeln und auf diese Weise in große Abhängigkeit von dem Unternehmen begeben müssen, während die dortige Landbevölkerung dann die für nötig gehaltenen „billigen“ Arbeitskräfte stellen wird.

In der Kaiserlichen Marine werden Versuche mit dem vom Großherzog von Oldenburg erfundenen Mikropeller gemacht. Zunächst wurde ein Torpedoboot mit einem solchen versehen. Es gelang aber nicht, mittels dieses Propellers die Fahrgeschwindigkeit des Bootes zu steigern.

Ein neuer Grund für die alldeutschen Hanswürste, auf der Marmotrompete zu tuten und neue Aussicht für die Eisen- und Stahlindustriellen, auf Kosten des arbeitenden Volkes ihre Geldsäcke zu füllen, ist folgendes: auf der britischen Staatswerft zu Portsmouth ist am 10. Februar das Schlachtschiff „Dreadnought“ (Fürchtenicht) vom Stapel gelaufen, ein Schiff, das, wenn man den Prahlereien der englischen Jingo-Prese glauben schenken darf, an Größe, Geschwindigkeit, Armierung, Aktionsradius, kurz in allem, was so einen Nordkaffee befähigt, seine gräßliche Aufgabe zu erfüllen, alles bisher Dagewesene übertrifft. Von diesem Schiffe wird behauptet, daß es imstande sei, die ganze deutsche Flotte zu vernichten, ehe diese bis auf die Schussweite ihrer Geschütze herankommen kann. Das Schiff soll 1907 fertig sein und dann der atlantischen Flotte zugeteilt werden. Die acht Schlachtschiffe, die diese Flotte dann enthalten wird, sollen dann imstande sein, in einer Minute 38 zwölfzöllige und 28 9,2zöllige Geschosse zu verschießen, während sämtliche 16 moderne deutsche Linien- schiffe nur 24 elfzöllige und 40 9,4zöllige Geschosse vernichten können. Da nun die kleineren Geschosse nicht so weit fliegen wie die großen, werden wir bald die Flottenvereiner der Lärntrommel rühren hören. Allerdings hat die deutsche Fachpresse sich schon beeilt, den Über- treibungen der englischen Jingos einen gehörigen Dämpfer zu ver- abreichen. Das wird die alldeutschen Spektakelmacher indessen wenig an ihrem verrückten Treiben hindern.

Die französische Zeitschrift Le Yacht kritisiert den Bericht über das französische Marinebudget und führt dabei unter anderem aus, daß der Kammernorm unruhig sei, zumal ein Schiff, das ihn im Gefecht brauchen will, bis zum letzten Augenblick in Gefahr ist, selber von dem feindlichen Schiffe gerammt zu werden, solange dieses sich noch bewegen kann. Auch tabelt die Zeitschrift die hohen Decksaufbauten und das mit Recht. In früheren Zeiten suchte man die Kriegsschiffe möglichst niedrig zu bauen. Die modernen Linien- schiffe ragen aber haushoch aus dem Wasser hervor und bieten auf diese Weise den feindlichen Geschossen eine gewaltige Zielfläche. Eine Verücktheit sondergleichen, die sich in der deutschen Marine aber sehr stark vor- findet.

Nachdem im Laufe der Jahre die Torpedoboote allmählich immer größer gebaut worden sind, so daß von Torpedobooten zu- letzt eigentlich schon keine Rede mehr sein konnte, wird es jetzt zur Abwechslung einmal wieder mit ganz kleinen Booten versucht. Yarrow & Co. in London haben eins gebaut, das nur 60 Fuß lang und 9 Fuß breit ist. Es hat aber drei Schrauben, von denen die mittlere umfesterbar ist. Sie werden von Gasolüenmotoren ge- trieben. Der mittlere Motor hat 60 Pferdestärken und die beiden äußeren haben je 120. Das Boot soll 25 1/2 Knoten laufen können. Es trägt hinten ein Torpedorohr und vorne ein Maschinengewehr mit Schild. Das ganze Gewicht dieses Bootes beträgt nur 8 Tons. Es ist so stark in den Verbänden, daß es an Bord eines größeren Schiffes gehiebt werden kann. Der Preis soll nur ein Fünftelteil der in der englischen Flotte gebräuchlichen Torpedobootszerstörer be- tragen. Es wird nicht lange dauern, dann werden wir nach Ansicht unserer Flottenjäger auch solche Blechschachteln haben müssen. Wir wissen ja auch gar nicht, wohin mit dem Gelde der Steuerzahler.

Die Metallarbeiterverhältnisse auf den Kaiserlichen Werften in der Budgetkommission des Reichstags.

Beim Statistiker: Marineverwaltung haben es seit Jahren die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission als ihre Aufgabe betrachtet, die Verhältnisse der Arbeiter auf den Kaiserlichen Werften zu erörtern. Dieses Jahr behandelte Genosse Hue, der von Hans aus Metallarbeiter ist, dieses Thema. Es ist um so aktueller, da bekanntlich unsere Kollegen auf den Kaiserlichen Werften in Kiel und Wilhelmshaven in eine Bewegung zwecks Verbesserung ihrer sozialen Lage eingetreten sind.

Am 8. Februar brachte Genosse Hue bei der Position „Material- beschaffung“ zur Sprache, wie auf den Kaiserlichen Werften die Arbeit verteuert wird durch Materialverschwendung und vielfach fehler- hafte Konstruktionen. Als Unterlage diente unserem Kollegen hauptsächlich reichhaltiges von der Leitung des Bezirkes 6 des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geliefertes Material.

Zunächst sind auf dem großen Kreuzer „Moon“ zwölf Heizraum- preisepumpen vollständig eingebaut worden, obgleich man vorher auf „Prinz Adalbert“ die Erfahrung gemacht habe, daß die Pumpen nicht genügend leisten. Später habe man dann auch auf „Moon“ die Pumpen herausreißen müssen. Vier Schieber für die Haupt- maschine hätten sich als unbrauchbar herausgestellt, wozu weg- geworfen werden, ein fünfster, der sich noch in der Sora befand, wurde zerfchlagen. Auf dem Kreuzer „Prinz Adalbert“ stellte sich nach sorgfältiger Fahrt ein Riß von etwa 400 Millimeter Länge am Hochdruckzylinder heraus. Beim der Zylinder vor dem Einbauen

mit dem üblichen Überdruck probiert worden wäre, hätte sich schon damals der Defekt finden müssen. Das Ausbauen des defekten und Einbauen des neuen Zylinders erforderte enorme Kosten, weil die Decks aufgerissen werden mußten. In den drei Kondensatoren des Linien- schiffes „Kaiser Karl der Große“ mußten Reparaturen vorge- nommen werden, der Auftrag lautete auf Auswechseln einiger Muttern. Bei dieser Arbeit bemerkten die Arbeiter, daß die Rohre in dem Kondensator in der Mitte total zerfressen waren und darum ausgewechselt werden mußten. Der leitende Ingenieur hörte aber nicht auf die Meldung der Arbeiter. Bei der Druckprobe stellte sich die Melbung der Arbeiter als richtig heraus, alles mußte wieder aufgerissen und die Rohre erneuert werden. Solche Vorkommnisse seien nach dem ihm (Hue) gewordenen Mitteilungen gar nicht selten. Sie resultierten augenscheinlich aus dem bürokratischen System, die Arbeitervorklänge zu mißachten. Hierdurch würden viele tausend Mark Steuergroschen verschleudert. Dringend sei hier eine Änderung erforderlich.

Kapitänleutnant zur See Capelle versuchte natürlich, die An- gaben Hue zu entkräften, teilweise als irrtümlich hinzustellen. Kon- struktionsfehler kämen überall vor. Der Zylinder sei vorher probiert worden; daß er dennoch defekt wurde, sei ein unglücklicher Zufall. Mit den zerfressenen Rohren wollte Herr Capelle die Sache so drehen, als ob auch dieser Vorgang „natürlich“ wäre. Im übrigen sollten alle Details nachgeprüft werden.

Hue entgegnete, es komme darauf an, daß die Arbeiter pflicht- gemäß Meldung von den zerfressenen Rohren gemacht hätten, aber der heilige Bürokratismus habe wohl nicht geduldet, sich von nicht- akademisch gebildeten Praktikern „Vorschriften“ machen zu lassen. Den Schaden habe natürlich die Reichskasse, in der das Defizit ohne- hin immer größer würde. Wenn der Zylinder vor dem endgültigen Einbauen vorschriftsmäßig probiert worden sei, dann wäre der Riß bei der Probefahrt einfach unbegreiflich. Hue führte ferner an, auf der Wilhelmshavener Werft sei eine Vorrichtung zur Übernahme von Kohlen für Schiffe der Grandenburgklasse drei, viermal vollständig umgearbeitet worden, und erst nach der vollendeten Einrichtung habe man die Zeichnung angefertigt. Gewöhnlich sei es üblich, umgekehrt zu verfahren. Natürlich seien solche „Versuche“ erklärlich, aber mo eine solche enorme Menge Techniker und Ingenieure vorhanden, außerdem derartige Kohlenübernahmeeinrichtungen doch schon exi- stieren, könne man promptere Konstruktion erwarten. Eine ganze Reihe Mitteilungen liegen vor, wonach eine große Menge wertvoller, aus Bronze, Holz oder anderem Material gefertigter Gegenstände zum Abfallhaufen wandern und billig an Althändler losgeschlagen würden. Darum brauche man sich schon nicht über den teuren Werftbetrieb zu wundern. Auf andere Ursachen der Verteuerung werde er später zu sprechen kommen; jedenfalls liege sie nicht in den Arbeiterlöhnen.

Kapitänleutnant zur See Capelle erwiderte, die erwähnten Gegenstände könnten nur Reservestücke etc. sein, sie kämen nicht in den Abfall. Übrigens solle das nachgeprüft werden. Starichungen zur Kohlenübernahme seien noch nicht zufriedenstellend konstruiert, bei keiner Marine der Welt. Der japanisch-russische Seekrieg habe das bewiesen.

Abgeordneter Müller-Sagan (frei.) sagte, die von Hue vor- gebrachten Mitteilungen seien doch so ernster Natur, daß der Reichs- tag und die Marineverwaltung den Dingen ernste Beachtung schenken müsse. Abgeordneter Spahn (Zentrum) erwiderte Hue, den Kom- missionsmitgliedern das einschlägige Material zuzustellen. Hue sagte dies zu. Anderes Material würde eventuell im Plenum vorgebracht werden.

In der Budgetkommissions- sition vom 9. März kamen die eigent- lichen Arbeiterverhältnisse auf den Kaiserlichen Werften zur Sprache. Der freisinnige Abgeordnete Leonhardt drückte Be- denken aus gegenüber der angeforderten Einführung der Reun- tundschrift. Die Privatindustrie würde dadurch benachteiligt.

Abgeordneter Hue führte dagegen aus, es sei im Gegenteil sehr erfreulich, daß die Kaiserlichen Werften in der Arbeitszeitverteilung den Privatwerken mit gutem Beispiel vorangehen. Redner fragte an, wie es sich denn verhalte mit der Nachricht, daß am 1. April d. J. auf der Kaiserlichen Werft der Reun- tundschrift eingeführt werden solle, und wie solle die Schichtzeit geregelt werden? Es handele sich auch nicht um eine einständige Schichtverteilung, sondern nur um 25 bis 35 Minuten, da heute die effektive Arbeitszeit (abzüglich der Pausen) 9 Stunden und 25 bis 35 Minuten betrage. Dem Vernehmen nach wolle die Marineverwaltung die neunständige ungeteilte Ar- beitszeit einführen. Das sei den Ansichten der Arbeiter zum Beispiel in Wilhelmshaven zuwider. Sie wünschten eine geteilte Arbeitszeit. Das möchte die Verwaltung berücksichtigen. Hue freute sich, Kon- statieren zu können, daß jetzt die Arbeiter auf den Kaiserlichen Werften weniger über schlechte Behandlung zu klagen hätten. Immer seien zwar noch einzelne Beamte besonders tadelnswert, zum Beispiel der sogenannte „Meister Billig“, aber diese Beamte: empfehle er der Beachtung durch die Marineverwaltung, die doch gewiß ein Interesse daran habe, in einem guten Verhältnis zu ihren Arbeitern zu stehen. Dringend der Reform bedürftig seien die Lohnverhältnisse auf den Werften. Zwar sei auf das Ersuchen mehrerer großer Ar- beiterversammlungen hin am 1. Januar eine Lohnveränderung vorge- nommen, indem man die unterste Lohnklasse richtig und die betreffenden Arbeitergruppen in die nächsthöhere Lohnklasse versetzte. Aber das sei nicht allgemein geschehen, vielmehr blieben Arbeiter in ihren alten Lohnstufen, man habe sogar einige der höchsten Lohnstufen herabgesetzt. Im Grunde genommen sei es also fraglich, ob diese Verbesserung eine Mehrausgabe an Löhnen bedinge. Aber die Arbeiter hatten eine Teuerungszulage verlangt wie die Beamten, die ist abgelehnt worden! Die am 1. Januar eingetretene Lohnverschärfung sei turnusgemäß am 1. April fällig gewesen. Hue befürwortete, am 1. April abermals eine allgemeine Verschärfung in die höhere Lohnstufe vorzunehmen und die höchste Lohnstufe aufzubessern. Die Kaiserlichen Werften zahlten bedeutend geringere Löhne als die Privatindustrie. Redner führt dafür Beispiele an aus Berlin, Wilhelmshaven, Kiel und Danzig. In Berlin haben bei den betreffenden Firmen die Werkzeugearbeiter 60 bis 72 1/2 Pf. Stundenlohn, in einer anderen Werft hat bei neunständiger Schicht 75 Pf., bei acht- stündiger Schicht 80 Pf. Stundenlohn. Die Werkzeugearbeiter auf der Kaiserlichen Werft haben aber nur 34 bis 42 Pf. Stundenlohn, und wenn sie den höchsten Affordzuschlag (50 Prozent) erhalten, doch nur 51 bis 63 Pf. Stundenlohn, also bis 17 Pf. weniger als ihre Berufsgenossen in der Privatindustrie. In der Berliner Maschinenbauindustrie haben Maschinenbauer, Graveure und Züchler 60 Pf. bis 110 Mk. Stundenlohn, auf der Kaiserlichen Werft mit dem höchsten Affordzuschlag nur 51 bis 63 Pf. Die Schlosser und Dreher in der Privatindustrie haben 60 bis 80 Pf. Stundenlohn, auf der Kaiserlichen Werft bekamen sie mit höchstem Affordzuschlag nur 51 bis 63 Pf. In dieser Beziehung seien die Werften also keine Musteranstalten. Wenn die Staatswerft teurer arbeite als die Privatindustrie, so liegt das keineswegs an den Ar- beiterlöhnen. Will sich die Staatswerft einen großen Stamm an hochintelligente tüchtige Arbeiter erhalten, dann muß sie mindestens die Löhne zahlen, die für dieselbe Arbeiterkategorie in der Privat- industrie üblich sind. Haben wir solche hervorragende Arbeitskräfte nicht, dann sparen wir am Zapfen und lassen's durchs Spundloch

laufen. Die Arbeiter wünschen auch, der Affordpreis solle jedes- mal dem Arbeiter schriftlich bekannt gemacht werden, dann würden die in dieser Hinsicht laut gemordenen Arbeiterklagen verschwinden. Dem Rechnungsführer Sella ist es wohl nur infolge von Unklar- heit über die Affordhöhe gelungen, lange Zeit gewissen Arbeitern 50 Pf. bis 2 Mk. weniger auszugeben als für sie im Hauptbuch notiert standen. Hue erucht um Aufklärung über diesen Fall. Ferner brachte Hue die kolossalen Unterschiede in den Affordpreisen der Werften Kiel und Danzig zur Sprache. Die Unterschiede betreffen 8 bis zu 50 Prozent. Woher kommt das? Kann da noch sorgfältige Arbeit geleistet werden? Von 100 Arbeitern der Marine- stationen in der Ostsee und in der Nordsee seien 45 und 48 erkrankt, in Danzig aber 62! Das schienen die Folgen der schlechteren Ver- zahlung und der bedeutend größeren Ausnutzung der Danziger Ar- beiter zu sein. Die Marineverwaltung habe die Pflicht, nach den Rechten zu sehen.

Aus den Antworten, die der Herr Marineminister v. Tirpitz und Herr Geheimrat Admiralitätsrat Parns dem Genossen Hue, übrigens in verbindlicher Form, gaben, ist als wichtigstes hervor- zubeheben: Die Einführung der Reun- tundschrift sei noch nicht beschlossene! Es fänden noch Ermägungen über die Wirkung der Arbeitszeitverteilung in wirtschaftlicher und technischer Beziehung statt, wobei auch Rücksicht auf die Privatwerken genommen würde! Den Anregungen und Wünschen nach Verbesserungen der Löhne stehe die Verwaltung sympathisch gegenüber. Da aber eben jetzt eine Lohnerhöhung stattfand, müsse doch Maß gehalten werden. Ob das Affordsystem abzuheben und ein Prämienlohnssystem einzuführen sei, bedürfe reichlicher Prüfung. Im Falle Sella sei die Untersuchung eingeleitet. Die Kaiserlichen Werften arbeiteten deshalb verhältnismäßig teuer, weil sie besonders viele Reparaturen und Umbauten an älteren Schiffen vorzunehmen hätten. Den großen Unterschied zwischen den Affordpreisen in Danzig und Kiel erklärten die Herren mit lokalen Verhältnissen, besseren Maschinen und be- geglichen. Eine Nachprüfung der Affordhöhe finde statt. Allen be- züglichen Wünschen der Arbeiter solle Rechnung getragen werden, soweit es die Finanzlage und der Betrieb gestatte. Die Reun- tundschrift sei das Ziel der Marineverwaltung.

Abgeordneter Spahn (Zentrum, der seit kurzem in Kiel wohnt) hat sich nach den Arbeiterverhältnissen erkundigt und ist nicht be- sonders schlecht gefunden. Die Arbeiter wüßten wohl, welchen Afford- schlag sie für ihre Arbeit bekämen, nur wären manchmal Arbeiter mit in der Kolonne, die nicht mit in Afford arbeiten, es aber anähren. Daher die Differenzen. Er müsse aber auch bestätigen, daß die Lebensverhältnisse in Kiel sehr teuer seien.

Abgeordneter v. Staude (konservativ) wünscht, daß die Marine- verwaltung den sachlichen Ausführenden Hue, vorzüglich betreffend der großen Affordunterschiede, Beachtung schenken und etwaige Härten mildere.

Abgeordneter Hue bedauert, daß die Nachricht über die Ein- führung der Reun- tundschrift nicht zutrefte. Er behalte sich vor, in Plenum einen dementsprechenden Antrag zu stellen. Abgeordneter Spahn sei über die Stimmung der Arbeiter betreffend die Afford- preise nicht recht unterrichtet. Zum Beweis legt Hue Fragebogen vor, auf denen die Arbeiter leihhaft befragen, nicht zu wissen, welchen Afford sie hätten. Darum bitte er, die Affordierung zukünftig jedes- mal schriftlich zu bezeichnen und den Arbeitern anzuhändigen. Auch wünschten die Arbeiter eine achtstägige Lohnzahlungs- periode, wie sie auf anderen Werften schon bestche. Human- versahre die Verwaltung nicht in allen Fällen; so habe sie einem Schmied, der wegen Unfall eine 20prozentige Rente zugesprochen erhielt, den Lohn von 4.40 Mk. auf 3 Mk. reduziert, um erhalte der Mann mit der Rente täglich 52 Pf. weniger als vor dem Unfall. Hue gibt dann an Beispielen bekannt, daß die Zahl der Beamten eine außer- gewöhnlich große sei, darin liege auch eine unnötige Verteuerung der Arbeit. Gewissen Arbeiterkategorien, zum Beispiel Feiern und Seelenten, würden ihre Überstunden nicht bezahlt. Das müsse geändert werden.

Die Marineverwaltung gab zu, daß unbezahlte Überzeit vor- komme. Der Sache solle näher getreten werden. Im Vergleich mit gewissen Privatwerken in Berlin, Nürnberg, Düsseldorf u. s. w. sei die Beamtenschaft auf den Kaiserlichen Werften noch niedrig. Damit war dieses Thema erledigt.

Die Lohnbewegung in den Daimlerwerken in Untertürkheim-Stuttgart.

Seit längerer Zeit schon entfalteten die Kollegen dieses größten württembergischen Betriebes eine intensive Agitation, um die Zu- differenzen auszuräumen und um zeitgemäße Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Es sollte mit den vielen Überstunden aufgeräumt und den von den Meistern vitruos geübten „Lohnregulierungen“ ein Riegel vorgelegt werden. Hauptächlich streben aber die Kollegen eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit an. Dies war um so nötiger, da Hunderte von Arbeitern bis über eine Stunde Weges zurücklegen haben, um die Fabrikation zu erreichen, von der aus sie nach Untertürkheim befördert werden. Am Freitag den 9. Februar fand nun eine allgemeine Fabrikversammlung statt, in der circa 1700 Arbeiter amwesend waren. Bezirksleiter Vorhöfner referierte und unter fürnützigen Beifall wurde beschlossen, der Direktion durch die Organisation folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Alle Vorgelegten sind streng anzuweisen, die Arbeiter an- ständig zu behandeln.
 2. Damit Lohnabzüge durch einzelne Meister künftig nicht mehr möglich sind, wird von der Firma für jede Abteilung eine Afford- preisliste mittels Schreibmaschine hergestellt, die bei den Meistern auf- bewahrt wird und für die Arbeiter zur Einsicht aufgelegt. Bei Übernahme eines Affordes wird dem Arbeiter die Höhe vorzulegen. Änderungen an festgesetzten Affordpreisen werden nur auf Grund technischer Ver- besserungen vorgenommen und wird bei Preisänderungen ein von den Arbeitern der betreffenden Abteilung bestimmter Vertrauensmann hinzugezogen. Kann eine Einigung nicht erzielt werden, so hat der Arbeiterauschuß das Recht, bei der Direktion vorstellig zu werden.
 3. Die Firma wird ersucht, die festgesetzten Tagelöhne um 10 Pro- zent zu erhöhen und für Neukonstruktionen, die erstmals in Lohn gefordert werden, den betreffenden Arbeitern einen ihrem durchschnitt- lichen Afforddienst entsprechenden Lohnsatz zu gewähren.
 4. Die Überzeitarbeit so viel wie möglich einzuschränken, auf keinen Fall aber sie in der Mittagspause zu gestatten.
 5. Wird die Firma höflich ersucht, dem Wünsche der Arbeiter auf Einführung der neunständigen Arbeitszeit Rechnung zu tragen und dieselbe für alle Abteilungen des Werkes einzuführen.
- Am 16. Februar wurden nun der Bevollmächtigte von Stutt- gart, Kollege Bremer, und der Bezirksleiter bei der Direktion vor- stellig. Direktor Daimler war zwar sehr höflich, erklärte aber be- züglich einer Unterhandlung keine Zugeständnisse machen zu können, da das ein Gesamtbeschluß der aus sechs Herren bestehenden Direktion erforderlich sei. Am selben Tage ging daraus von der Direktion der Bezirksleiter noch die Mitteilung zu, daß sie von ihrem bisherigen Standpunkt — mit dem Arbeiterauschuß zu verhandeln — nicht abgehen könne. Nachdem sich am 22. Februar eine Vertrauensmann- versammlung mit der Sachlage befaßt hatte, beschloß am 23. Februar eine tiefgreifende Versammlung nach längerer Diskussion, dem Arbeiter- auschuß Vollmacht zur Unterhandlung zu erteilen, um zu sehen, ob es der Direktion auch Ernst sei oder ob sie nur Zeit gewinnen wolle. In zwei Sitzungen mit der Direktion gelang es nun unseren Kollegen, nachstehende Vereinbarung mit der Direktion zu treffen:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ulm:
 Der Eisendreher Ernst Kröner, geb. am 10. Mai 1879 zu Ulm, Buch-Nr. 551505, wegen Preisbrücherei und unkollegialem Verhalten;
 der Schlosser Ferdinand Männer, geb. am 1. September 1883 zu Freiburg i. B., Buch-Nr. 883293;
 der Schlosser Joh. Noll, geb. am 15. August 1876 zu Ulm, Buch-Nr. 920233;
 der Schlosser Herm. Wintermantel, geb. am 3. Juni 1882 zu Breulingen, Buch-Nr. 920213;
 der Schmied Ferdinand Probst, geb. am 16. Juni 1892 zu Ahlaggen, Buch-Nr. 920210, sämtliche wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Bittau:
 Der Schlosser Gustav Reinhold Kaszmirschek, geb. am 5. Nov. 1881 zu Görniz, Buch-Nr. 777484, wegen Unterschlagung.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
 Der Kerndmacher Karl Schulz, geb. am 27. Oktober 1872 zu Fürstentwerder, Buch-Nr. 466126, wegen unkollegialem Verhalten und Demütigung.

Öffentlich gerügt wird:
 Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Braunschweig:
 Der Dreher Fritz Schaarre wegen unkollegialem Verhalten.

Wieder aufgenommen werden:
 Auf Antrag der Einzelmitglieder in Leipzig:
 Der Schlosser Fritz Wolff, geb. am 1. Juni 1868 zu Braunschweig.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ostrobo a. S.:
 Die Former Karl Schülbe und Karl Voigt.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
 Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgefordert, sich wegen der gegen ihn beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluss aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ulm:
 Der Schlosser Jakob Kolb, geb. am 20. August 1887 zu Goldgronach, Buch-Nr. 920223, wegen Schädigung des Verbandes.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b
 zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Drehern, Drückern, Gießern, Gürtlern, Polierern, Monteuren, Schleifern u. Feilenen nach Erfurt: Siversgehofen (Zöbelmann & Grimm) W.; nach Turg-Bogelsang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) D.; nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Stranich) W.;
- von Drehern und Spenglern nach Ulm (Neue Industriewerke) W.;
- von Flaschmännern (Spenglern) und Installateuren nach Konstanz i. B.; nach Karlsruhe und Fischern in Wismar;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Schmiedern nach Götting (Firma Kunnick, Maschinenfabrik) W.; nach Kärnten (Firma Wagner) St.; nach Osnabrück (H. W. Ortman) W.; nach Kronsberg bei Remscheid (Firma W. Thöning) St.; nach Solingen; nach Steinheid;
- von Bauklempnern nach Berlin (Firma Pieschmann und Firma Seeger) D.;
- von Klempnern, Blechballagearbeitern und Arbeiterinnen nach Breslau (Gasmessfabrik Pitsch) D.; nach Dhringen bei Heilbronn (Hohenloische Blechballagefabrik Schütz) W.; nach Ulm (Neue Industriewerke) W.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Auffig i. Böhmen (Firma Schäfer & Badenberg) D.; nach Baden, Schweiz (Brown, Bomeri & Co.); nach Basel, Schweiz St.; nach Bismheim b. Straßburg (Firma Stoll & Co.) W.; nach Brandenburg a. S. (Firma Reichlein) W.; nach Brugg, Kanton Aargau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.); nach Darmstadt (Gertel & Haslinger) W.; nach Eberswalde (Kladiatorenwerke) St.; nach Eilen a. d. H. (Union) W.; nach Frauenfeld, Schweiz (Automobilfabrik Martini & Co.); nach Genf (Firma Plak) W.; nach Halle a. S. (Armaturen- und Maschinenwerke) W.; nach Dicker & Bernerhof, Breitkopf, Andreas Haffinger, A. Bernice); nach Kassel (Evers & Pistor, chirurgische Instrumentenfabrik) W.; nach Leer und Norden i. Dlt. W.; nach Magdeburg (Gebrüder Commichau) St.; Metallwerke vormals J. Wers, Abteilung Rohrzug; nach Meissen i. Sa. (Firma Pfeil & Vode) St.; nach Nien, Schweiz (Automobilfabr. Wbs) St.; nach Rixdorf bei Neu-Ruppin (Maschinenfabrik Gwald) St.; nach Kellinghausen bei Essen (Firma R. W. Dimmendahl, Aktiengesellschaft) W.; nach Kottbus (Reptunwert) W.; nach Solingen; nach St. Blaise, Schweiz, (Automobilfabrik A. G. vormals Martini & Co.); nach Straßburg i. Elß. (Firma Stoll & Co. in Bismheim) W.;
- von Schlüßlerarbeitern nach Solingen St.;
- von Schlossern nach Ulm (Neue Industriewerke) W.; nach Zürich (Firmen Raffin-Bauer, Raffin-Schwager, Schappi-Schwager und Hüter & Cie., Ofenfabrik);
- von Schmieden, Kesselschmieden und Maschinenbauern nach Hamburg-Ottensen (Lauge & Gehrens, Friedensallee 11) D. (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu werden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohnbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; W.: Mißstände; H.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung).

Aus den einzelnen Branchen.

De danske Blikkenslagere i Udlandet.

Kolleger bekendtgøres hermed at Resoluitionen foreligger med ca. 70 Underskrifter. Hvis der endan findes Kolleger som ikke have modtaget Resoluitionen, bedes disse senest i løbet af 8 Dage indsende Navn og Adresse.

Kolleger kunne henvende sig til Clubben og der indhænde Oplysninger om de faglige Forhold i Schweiz.

Med koll. Hilsen

Dansk Blikkenslager Club, Zürich.

F. H. Raith, Formand, Weitegasse 11, Zürich I.

Korrespondenzen.

Former.

Wülheim a. Rh. Nennenswerte Erfolge erzielten die Former und Gießereiarbeiter der Gasmotorenfabrik und die der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Theodor Wöngler. Schlechter Verdienst in letztgenannter, brutale Behandlung durch die Meister und haarsträubende Mißstände in beiden Betrieben waren die Ursachen des Erwachens der Arbeiter. Der Organisation war es nicht möglich, festen Fuß zu fassen, bis im vorigen Jahre das Bild sich wesentlich änderte. Bei der Firma Wöngler wurde der Hebel zuerst angelegt und es gelang uns, die Löhne von 4 bis 4,25 Mk. auf 4,75 bis 5,25 Mk. aufzubessern. Ferner wurden 25 Prozent Lohnaufschlag für Überstunden zugestanden. Diese Verbesserungen wurden, als die Gießereiarbeiter sie errungen hatten, auch den Schlossern des Betriebes zugestanden. Jetzt erst wird es der Firma auch möglich sein, einen Stamm tüchtiger Former und Gießereiarbeiter zu bekommen und zu behalten, was bis dato nicht möglich war. In der Gasmotorenfabrik, wo die Former trotz der bis auf das äußerste reduzierten Akkorde zugleich Hilfsarbeiter spielen mußten, ging man dazu über, eine weitere Kolonne Arbeiter anzustellen mit einem Lohne von 4 Mk. (früher 3,30 bis 3,50 Mk.), die den Guß hinaus- und die Formtaste hereintransportieren. Des Weiteren wurden Aufschächte angebracht. Das Warten auf Modellstand wird ebenfalls beseitigt durch Errichtung einer zweiten Sandmühle. Ferner sind die Meister angewiesen, die Arbeiter menschenwürdig zu behandeln und mit ihnen den Akkord vorher zu vereinbaren. Überstunden werden mit 10 Pf. Aufschlag vergütet, ein Zugeständnis der Firma, das schon verschiedene Wochen vorher in sämtlichen anderen Betrieben eingeführt, in der Gießerei aber durch das eigenmächtige Vorgehen der Meister vereitelt worden war. Ferner wurden die zwei Former, die durch den Meister Fleutmann an dem Tage, wo die Versammlung stattfand, entlassen wurden wegen „Arbeitsmangel“, obgleich zwei neue Former desbetwegen morgens eingestellt wurden, auf Anordnung der Betriebsleitung wieder eingestellt. Durch genannte Maßregelung gedachte man die Versammlung, in der zu dem brutalen Vorgehen der Meister Stellung genommen werden sollte, illusorisch zu machen. Aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht und so gestaltete sich die Versammlung zu einer richtigen Demonstration, denn von 44 Formern und Gießereiarbeitern fehlten höchstens ein Duzend. Für Gießerei- und Formermeister, auch ein Vertriebsführer waren auf Geheiß der Betriebsleitung zugegen, jedenfalls weil man vermutete, das Feuer könnte weiter um sich greifen, was nicht ausgeschlossen war. Unverblümt wurde ihnen aber durch Kollegen Marx das standalöse Verhalten seitens der Antreiber vor Augen geführt, so daß der Vertriebsführer sich veranlaßt sah, zu versprechen, daß den Mißständen abgeholfen werden sollte. Hoffentlich werden die Former und Gießereiarbeiter das Trobete zu halten und das Versprechen der Betriebsleitung zur Durchführung zu bringen wissen. — Über schreiende Mißstände klagen die Former und Gießereiarbeiter von Felten & Gullkaume, Zahmeyerwerk. Kommt ein Arbeiter des Morgens ein paar Minuten zu spät, so wird er nicht nur wie in anderen Abteilungen mit einer Strafe von 50 Pf. bis 1 Mk. belegt, sondern er wird auf Anordnung des Vertriebsführers Herberg bis mittags nach Hause geschickt. Welcher Schaden dadurch dem Arbeiter entgeht, begreift derjenige am besten, der mit den jetzigen Löhnen, die dort bezahlt werden, existieren soll. Werden von tüchtigen älteren Formern doch Löhne von 12 bis 18 Mk. in 14 Tagen, dagegen von einzelnen wiederum von 65 bis 75 Mk. in der gleichen Zeit erzielt. Eine Ungerechtheit im Verleihen der Arbeit, wie sie nirgends in der ganzen Umgebung zu finden ist. Ferner fällt es den Beamten im Examine nicht ein, selbst wenn sie tugendhafte Male gestagt werden, den Arbeitern zu sagen, welcher Preis für das Modell bezahlt wird. Erst am Lohnstag erfahren die Arbeiter, welchen Hungerlohn sie verdient haben. Die Behandlung durch den Vertriebsführer läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig, bei der geringsten Kleinigkeit heißt es: „Ich schmeiße Sie hinaus“ u. s. w. Je nachdem wie der Herr geschlagen hat, riskieren die Arbeiter selbst bei der höchsten Frage, angeschminkt zu werden, und es gehört eine wahre Substanz dazu, all diese Karamellen und das Anschminken zu ertragen. Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, um Remedur durch die Direktion zu schaffen. — In der Eisengießerei von Gulemburg & Mönning liegen die Verhältnisse nicht anders, ja, zum Teil noch viel schlimmer. Als Meister fungierte dort bis vor kurzem ein früherer Sergeant, Leidinger ist sein Name, der nebenbei erwähnt auch schon Wagnbeamter gewesen ist. Und einem solchen Manne, der von Gießereiverhältnissen keine blasse Ahnung hat, waren die Arbeiter unterstellt. Unbegreiflicher Vertrauen wurde ihm von der Firma entgegengebracht, so war ihm auch das Ansehen der Gießereiarbeiter übertragen, was er denn auch in der ausgedehnten Weise besorgte. Wegen der fortwährenden Abzüge war schon längst unter den Formern die Vermutung vorhanden, daß die Firma unmöglich damit einverstanden sein könne, dagegen bei dem Sergeanten nicht alles klappte. Vor kurzem gingen nun zwei Former zur Direktion und unterbreiteten dieser ihre Vermutungen, die dahin gingen, daß die Firma direkt und die Arbeiter indirekt durch den Meister betrogen würden. Darauf wurden sämtliche von den Arbeitern eingekammelten Lohnkästen mit dem Hauptbuch verglichen. W. den zwei ersten Kästen ergab sich schon ein Fehlbetrag von annähernd 15 Mk., die der „Meister“ in seine Tasche hatte gleiten lassen. Hierauf wurde der Meister gerufen und zur Rede gestellt. Die Überumpelung war von derartiger Wirkung, daß der saubere Patron sein Wort herabzubringen vermochte. Er wurde sofort seines Amtes enthoben. Die Untersuchung wird ergeben, wie lange die Arbeiter um die ihnen zustehenden Groischen betrogen worden sind. Die Firma ist stets in dem guten Glauben gewesen, sie zähle anständige Löhne, und hatte keine Ahnung, daß, wenn sie 20 Mk. für ein Modell als Arbeitslohn dem Former zuerkannt hatte, der Meister aber nur 15 Mk. auszahlte, und 5 Mk., wo an jedem Pfennig ein Schweitztropfen hing, in seine Tasche verschwinden ließ. Dieser Wucher ist auch einer von denen, die fortwährend über die Sozialdemokraten herfallen, diese als Sockelbuben und Geschleicher u. s. w. huzuzufellen versuchen. Aber auch Vorträge über Gießereiverhältnisse hielt der Ausschüßler. Derartige Vorträge und Vortragende haben unsere Gießereibeamten allenthalben sicher nicht nötig. Das solche Fälle nicht nur hier, sondern vielleicht anderwärts auch vorkommen, ist sehr leicht möglich und die Arbeiter, ob Former oder sonstige Metallarbeiter, werden gut tun, sich diesen Fall zum Muster zu nehmen und in allen zweifelhaften Fällen an die Direktion der Betriebe herantraten.

Offenbach. Der Streik der Former bei Fredenbagen ist zugunsten der Arbeiter beendet. Die Former werden sämtlich (einschließlich des Formers Wich, um den es sich drehte; wieder eingezogen. Dadurch, daß es der Firma nicht möglich war, genügend Guß von auswärts zu erhalten, obgleich sie schriftlich erklärte, die Gießerei werde geschlossen, mußte sie wohl oder übel ihren Standpunkt aufgeben, mit der Organisation nicht zu verhandeln. Um der Firma behilflich zu sein, damit sie von auswärts Guß erhalten, erklärte der Metallindustriellen-Verband den Streik als beendet, von der Organisation wurde aber dieser Entschluß zurückgenommen. Der Streik wurde mitgeteilt, daß der Streik erst als beendet betrachtet werden könne, wenn beide Teile ihn aufgeben, oder protokolllärlich festgelegt wird, daß die Gießerei innerhalb drei Jahren auch von niemand anders aufgemacht wird. So lange dieses nicht geschieht, werde die Organisation dafür sorgen, daß nirgends Guß für Fredenbagen angefertigt wird. Nachdem die Firma ja, daß sich die Streikenden nicht einschüchtern ließen, hat sie sich zu einer Konferenz bereit erklärt, in der, wie bereits erwähnt, der Streik beendet wurde. Als lehrerwert muß das einmütige solidarische Handeln der Former während des neunwöchigen Kampfes bezeichnet werden.

Donaubrück. Der Streik der Former bei der Firma S. B. Ortman dauert nunmehr 18 Wochen. Die Streikenden setzen noch so fest wie am Anfang des Streiks, nicht ein einziger von ihnen

ist abgefallen. Von den circa 40 Formern, die die Arbeit niederlegten, sind bereits 22 abgereift oder anderweitig untergebracht. Die Bemühungen der Firma zur Umwerbung von Arbeitswilligen sind außerordentlich große und sie wird darin von ihren Arbeitswilligen nach Kräften unterstützt. Fast ständig sind mehrere von diesen als Agenten unterwegs, um gleichgesinnte Elemente anzuzuerben. Bis jetzt ist es der Firma gelungen, insgesamt elf Mann aufzutreiben, die in der Fabrik einquartiert sind. Jeder der Arbeitswilligen ist mit einem Revolver bewaffnet, mit denen sie zu wiederholten Malen Einschüßlungen veranstalteten, wobei bereits zwei unbeteiligte Personen verletzt worden sind. Die Firma Ortman hat sich schon große Mühe gegeben, für ihre Arbeitswilligen Privatquartiere zu finden; obwohl sie für das Kostgeld guttun wollte und auch einen höheren als den hier üblichen Satz bot, ist niemand gewillt, jene Elemente in sein Haus zu nehmen. Die von den Arbeitswilligen gelieferte Arbeit entspricht auch nicht den minimalsten Anforderungen; unter regulären Verhältnissen würden diese Helden auch nicht einen Tag in der Fabrik geblieben sein. Ihre alten eingearbeiteten Former speist die Firma mit Stundenlöhnen von 30 bis 40 Pf. ab und nur mit Ach und Krach konnte nach langen Handeln und Fleischen einmal ein Former einen Pfennig mehr die Stunde herausfressen. Die Herren Arbeitswilligen erhalten Stundenlöhne von 50 bis 70 Pf. bei völlig ungenügender Arbeitsleistung. Die Situation ist für die Streikenden noch immer sehr günstig und diese sind auch nicht gewillt, in die Fabrik hineinzugehen, ohne Herrn Hansen die Anerkennung der Organisation abzugeben zu haben. Eine dieser Tage vorgenommene geheime Abtimmung unter den Streikenden hatte den Erfolg, daß mit allen gegen eine Stimme die Fortführung des Kampfes beschloßen wurde. Wir richten an die Kollegen allerorts, besonders Rheinlands und Westfalens, das dringende Ersuchen, auf die Agenten der Firma achtzugeben und streng den Zuzug von hier fernzuhalten.

Benig i. S. In der Eisengießerei von Heinrich Erbes soll die Arbeitszeit 10 Stunden dauern, aber es werden häufig Überstunden gemacht. Wenn gegossen wird, dann werden es 12, 13 und 14 Stunden. Auch kommt es vor, daß Sonntags gearbeitet werden muß. Ein Zuschlag wird für Überstunden nicht bezahlt. Die Former arbeiten in Akkord und verdienen im höchsten Falle 18 bis 20 Mk. die Woche, im Durchschnitt erreichen sie die Summe von 15 Mk. Da nicht verschuldeter Zuschuß nicht bezahlt wird, so kommt es auch vor, daß ein Former mit 8 Mk. die Woche nach Hause gehen muß. In hygienischer Beziehung läßt das Werk viel zu wünschen übrig. Wäschereinrichtungen sind nicht vorhanden, die Ventilation ist sehr mangelhaft, was besonders beim Gießen als sehr nachteilig empfunden wird. Beschäftigt sind in der Gießerei 4 Former, 1 Gußpuffer, 1 bis 2 Hilfsarbeiter und 1 Bohrarbeiter, der sich zu allen Arbeiten hergeben muß. Daß keine besseren Verhältnisse vorhanden sind, ist die Schuld der Kollegen, da sie sich um die Organisation nicht kümmern. Hoffentlich kommen sie zur Einsicht und schließen sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an.

Klempner.

Silbesheim. In jüngster Zeit sucht die Firma G. H. H. Horn, Maschinen- und Motorengerätefabrik, in den Zeitungen, namentlich Rheinlands und Westfalens, tüchtige Klempner bei hohem Lohne und dauernder Beschäftigung. Wir möchten nun die Kollegen darauf aufmerksam machen, daß bei der Firma nicht ein Platz frei ist, auch in absehbarer Zeit eine Vergrößerung des Betriebes vollständig ausgeschlossen erscheint. Die Firma verfolgt ausschließlich das Prinzip, möglichst viel Arbeitskräfte nach hier zu ziehen, um einen Druck auf ihre Klempner ausüben zu können, da diese nicht jede Maßnahme der Firma ruhig hinzunehmen, sondern auch ihre Rechte als Menschen verlangen. Eine Kommission der Klempner war um Abstellung der trafen Mißstände (Reinigung des Aborts, bessere Ventilation, Anschaffung von Kleiderchränken etc.) bei der Betriebsleitung eingekommen und es war auch Mißhilfe versprochen worden. Leider verging Woche auf Woche, ohne daß die Mißstände beseitigt wurden. Die Arbeiter nahmen dazu Stellung, vom Vorkämpfer der Arbeiterkommission wurden der Betriebsleitung ernüerte, aber gericke Vorträge gemacht und es stellte sich heraus, die Beseitigung der Mißstände verlangt werden. Drei Tage später erfolgte — nicht etwa die Abstellung der Mißstände, sondern die Kündigung des Kollegen, der es gewagt, der Firma die Wahrheit zu sagen und zwar wegen — Arbeitsmangel. Infolge der Einmütigkeit der Kollegen wurde zwar die Kündigung von der Betriebsleitung rückgängig gemacht, aber man sieht: auf der einen Seite Maßregelung mißliebiger Arbeiter, auf der anderen Seite Herausziehen von Arbeitskräften unter verlockenden Bedingungen, um die für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse eintretenden Arbeiter unterdrücken zu können. Kollegen, ehe ihr nun Arbeitsangebote nach hier annehmt, seht euch erst mit der hiesigen Ortsverwaltung in Verbindung, denn die Arbeitsverhältnisse sind hier nicht so rosig, wie sie geschildert werden.

Windau i. B. Zugang von Spenglern ist in der Metallwarenfabrik Aichach bei Windau fernzuhalten. Gründe Maßregelung.

Metallarbeiter.

Münchenburg. Die Lohnbewegung in der Holzhauerischen Maschinenfabrik. Die Arbeiter der Firma Holzhauer, die in ihrer Mehrzahl Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, haben schon Ende des vorigen Jahres die wöchentliche Lohnzahlung, Einschränkung der Überarbeit und prozentuale Entschädigung für jede Überstunde, bessere hygienische Verhältnisse, günstige Regelung des Akkordlohnens u. s. w. bei genannter Firma beantragt. Die Direktion erklärte damals, daß vor Jahreschluss für sie eine nicht günstige Zeit sei und eruchte die Arbeiter, sie wüßten noch einige Wochen zu warten, die Sache werde dann geregelt. Dem Wunsche wurde entsprochen und Ende Januar wurde neuerdings an die Firma herangetreten. Bewilligen wollte die Firma die sehr mäßigen Forderungen, die gerade in diesem Betrieb eine Notwendigkeit waren, aber nicht, sie vertrittete die Arbeiter, bis sie endlich gebaut habe u. s. w. Darauf verzichtete der Herr Direktor. Eine fast vollständig besuchte Betriebsversammlung faßte einstimmig Beschluß, ab 13. Februar so lange keine Überstunden mehr zu leisten, bis die wöchentliche Lohnzahlung, 25 Prozent für Überstunden bis 8 Uhr abends und 50 Prozent nach 8 Uhr und für eventuelle Sonntagsarbeit, sowie bessere hygienische Einrichtungen, Regelung des Akkordlohnens u. s. w. zugestanden sind. In einigen Tagen war die Direktion wieder zu sprechen und es wurde neuerdings unterhandelt. Diesmal wurden nun die Forderungen genehmigt und sofort in Kraft gesetzt. Der Herr Direktor drückte zwar seinen Unwillen über die „unberechtigten“ Forderungen aus, die Geschlossenheit der Arbeiter zwang ihn aber trotzdem zur Erfüllung derselben. Die ganze Aufregung hätte man sich in diesem Betrieb sehr leicht ersparen können, wenn man bei der zweiten Unterhandlung genehmigt hätte.

Göppingen. Fortgesetzte Arbeitergesuche seitens der Gießereimaschinenfabrik S. W. Moser veranlassen uns, dieses Geschäft einmal einer Kritik zu unterziehen. Die Löhne Neugesehelter schwanken zwischen 20 bis 25 Pf. die Stunde — bei gelerntem Schlossern — und dafür verlangt der Fabrik nur tüchtige solide Leute bei dauernder Arbeit. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht der eine aufhört und ein anderer anfängt. Werkzeuge, hygienische Einrichtungen und nicht in letzter Linie die Behandlung durch den Prinzipal lassen sehr viel zu wünschen übrig. Der Fließengang ist viel zu langsam, er funktioniert äußerst mangelhaft, auch ist er meist zu stark belastet, und nur mit knapper Not ist es bis jetzt gelungen, ernste Unfälle zu vermeiden. Trotzdem leichtere Unfälle im Betrieb nicht zu den Seltenheiten gehören, fehlt es im Geschäft an einem Kasten mit Verbandszeug. In der Werkstatt herrscht im Winter manchmal eine Kälte von 5 bis 6 Grad, im Hochsommer aber hat man neben zwei bis drei offenen Fenstern noch den Abdampf, der durch die Werkstatt geführt wird. Von einer wirksamen Ventilation ist überhaupt keine Rede. Auch die Reinigung der Fabrik ist eine mangelhafte. — Leider läßt auch das Arbeitermaterial zu wünschen übrig. Besonders zwei Herren, darunter ein „Vorarbeiter“ mit noch nicht einmal 40 Pf. pro Stunde, gefallen sich darin, im Antreiben u. s. w. die höheren Vorgesetzten noch zu übertreffen. Die aufgezählten Mißstände, die wir noch be-

arbeiten ja an Sonnabenden nur bis 5 1/2 Uhr, also eine halbe Stunde weniger als an den anderen Tagen. Trotzdem wird ihnen aber für den Tag 1 1/2 Stunden in Abzug gebracht. Unserer Meinung nach wird ihnen eine Stunde widerrechtlich vorenthalten. Die Klosetts sehen geradezu scheußlich aus. Gereinigt werden sie nie. Bei einem der Fußboden gebröckelt. Wer es benutzen will, steht in der Gefahr aus, einzuklinken. Bei Regenwetter regnet es hinein. Diese Mängel abzustellen, ist Herr Hindrichs noch nicht eingeleitet. Bei ihm ist alles auf den Ton gestimmt: „Wem es nicht paßt, der kann gehen.“ Wir sind nun dazu übergegangen und haben die Sperre über diesen Betrieb verhängt, bis die Verhältnisse dort besser geworden sind. Wir warnen die Kollegen dringend, in diesem Vorhaben Stellung zu nehmen.

Um a. D. In den Neuen Industriewerken sind Differenzen ausgebrochen. Zugung von Spengleren, Dreheren und Schlossern ist fernzuhalten. Bericht folgt.

Rundschau.

Reichstag.

(4. bis 10. März.) Trotz allen Beschleunigungsversuchen rücken die Arbeiten des Reichstags am 10. März nur langsam vorwärts. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Führer von Bülow diese Zeitverdröbelung wünscht und daß ihm leider alle Parteien des Reichstags, teils bewußt, teils unbewußt, dabei ihre Unterstützung leihen! Leider — das bezieht sich auch auf die sozialdemokratische Fraktion. Im Mai 1905 wurde der Reichstag mit einer bräsen Unversöhnlichkeit, die ihresgleichen nicht gehabt hat, nach Hause geschickt, weil die marokkanische Phantazie gerade anging, sich zu ernsthaften Schwierigkeiten auszumachen, bei denen eine scharfe Kritik des Reichstags mindestens sehr unbequem gewesen wäre; jetzt kann der Reichstag nicht plötzlich nach Hause geschickt werden, weil der Stat unter allen Umständen fertig gestellt werden muß — aber man verzögert ganz absichtlich seine Beratungen, indem man dem „Reiseport“ freien Lauf läßt! Auf diese Weise wird die Behandlung der Statut, „Reichskanzler“ und „Auswärtiges Amt“ in eine Zeit hinausgeschoben, in der aus Algerien bessere Nachrichten vorliegen als jetzt. Und — wir wiederholen unsere Klage — die oppositionellen Parteien des Reichstags unterstützen, scheinbar ganz ahnungslos, dieses durchsichtige Manöver, das zwischen Bülow und Wallesbren abgetarnt worden ist, durch ihre Passivität! Es scheint da doch nicht mit der nötigen Voraussicht gearbeitet zu werden, sonst hätte gerade die sozialdemokratische Fraktion nach unserer Meinung energisch auf eine Beschleunigung der Reichstagsverhandlungen drängen müssen, ausgesprochenemmaßen um möglichst rasch zu der von unserem ganzen Volke sehnsüchtig erwarteten Kritik des Marokkoabenteuers zu gelangen. Wenn bei einem solchen Vorwärtsschreiten einige Reden, die geredet worden sind, etwas kürzer ausgefallen wären, wenn gar die bürgerlichen Parteien zu einer gewissen Obstruktion getrieben worden wären, so wäre der Schaden auf der einen Seite ganz gewiß nicht groß, der parlamentarische Erfolg auf der anderen aber sicherlich sehr beträchtlich gewesen.

In der Berichtswache behandelte der Reichstag zunächst am Montag eine freisinnige Interpellation über Unzulänglichkeiten, die sich in der Verfolgung des zeitweise ganz verstopften Warenverkehrs mit Rußland ergeben haben. Die gänzlich isolierte deutsche Reichsregierung wagt aus „höheren politischen Erwägungen“ — so ergab es sich aus der Interpellationsbeantwortung durch den Regierungsvertreter — nicht gegen die moskowitzische Schlamperie und Unverschämtheit vorzugehen. Die Augen der Bülowregierung starren angstvoll und hypnotisiert nach dem Drecksitz Algerien, also die Künste und die Frechdschigkeit der neudeutschen Diplomatie gefasene Ohrengeigen bekommen.

Am Schwerinntag (Mittwoch) erörterte man im Reichstag die Verhältnisse der „Proletarier mit weißer Wäsche“ — Privatbeamte, junge Kaufleute und dergleichen mehr.

Alle anderen Tage wandte das Parlament der Behandlung des Postetats zu, bei dem mannigfache Klagen die alte Laftache neu hervortreten ließ, daß auch auf dem Gebiete postalischer Einrichtungen bei uns manches faul ist: bürokratische Verzögerung und pseudopatriotische Breitsinnigkeit und Vernachlässigung haben einer kräftigen Weiterentwicklung dieses Zweiges des öffentlichen Dienstes unübersehbare Hindernisse in den Weg gerollt.

Gewerkschaftliches.

Die neunte Generalversammlung des Verbandes der Hafnarbeiter tagte vom 26. Februar bis zum 2. März in Stettin. Anwesend waren 51 Delegierte; ferner waren außer der Generalversammlung noch vertreten der Transportarbeiter-Verband, der Seemanns-Verband und die Internationale Transportarbeiter-Föderation. In dem Verband ist trotz der Einführung der Krankenunterstützung die Fluktuation leider sehr groß. Die Zahl der Reueingetretenen in den beiden Berichtsjahren — 17848 — ist größer als die Mitgliederzahl des Verbandes überhaupt. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 16481 auf 17716, gemessen in vollen Jahresbeiträgen, angewachsen. Berücksichtigt man die Erfahrungstatsache, daß ungeheuer viele Mitglieder mit ihren Beiträgen rückständig sind, so dürfte die wirkliche Mitgliederzahl 21259 betragen oder 1492 mehr als am Schluß der letzten Geschäftsperiode (1903). Die Zahl der Streiks ebenso wie die der Lohnbewegungen, die infolge der gestiegenen Kraft der Organisation und der guten Konjunktur ohne Streik erledigt wurden, ist gegenüber der vorigen Berichtsperiode bedeutend gestiegen. Augenblicklich liegen dem Vorstand nicht weniger als 23 Anträge auf Einleitung neuer Lohnbewegungen vor. Die zahlreichen Streiks in der Berichtsperiode haben dem Verband 221745,19 Mk. gekostet und die Kasse sehr geschwächt. Zum besseren Ausbau der inneren Verwaltung hält der Vorstand die Anstellung zweier neuer Beamten für unbedingt notwendig. Die Ausgaben der Verbandskasse haben 1904 297000 Mk., 1905 360000 Mk. betragen und damit die Einnahmen um insgesamt 42000 Mk. übersteigert. Für Streiks und Ausperrungen wurden 213928 Mk., für Krankengeld 64133 Mk. (besteht erst seit 1. Oktober 1904; 1905 erforderte das Krankengeld über 58000 Mk.), für Sterbegeld 18000 Mk., für Gemäßigten- und sonstige Notunterstützung 11912 Mk., Rechtschutz und Gerichtskosten 6627 Mk., für die Lohnkämpfe anderer Organisationen 7929 Mk. (darunter 3000 Mk. für die Bergarbeiter und 1626 Mk. in Bezugung der internationalen Solidarität), für Verbandstage und Konferenzen 7569 Mk. ausgegeben. Das Verbandsorgan soll künftig wöchentlich erscheinen. Ein von der Hamburger Mitgliedschaft gestellter Antrag auf Einsetzung einer Preis-Kommission wurde mit der Stellungnahme des Verbandsorgans zum Vorwärtskonflikt begründet. Der Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller abgelehnt. Der vom Vorstand abgeschlossene Kartellvertrag mit dem Verband der Eisenbahner, der Transportarbeiter und der Seelente wird einstimmig angenommen. Da ihn die Generalversammlungen der anderen Verbände bereits genehmigt haben, ist er damit endgültig rechtskräftig geworden. Über die Verschmelzung soll nach dem Vorschlag Paul Hällers-Hamburg auf Grund eines von den beteiligten Zentralvorständen anzuarbeitenden Entwurfes eine Abstimmung im Verband stattfinden, die für die Binnenschiffer mit Rücksicht auf die eigentümlichen Arbeitsverhältnisse bis zum Winter 1906/07 verschoben wird. Aus dem von dem internationalen Sekretär Johanne erstatteten Bericht über die Tätigkeit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ist zu entnehmen, daß sie der im Jahre 1904 erfolgten Verlegung des Sekretariats nach Deutschland die Zahl der den angeschlossenen Verbänden angehörenden Mitglieder von 100000 auf 177000 gesteigert ist. Die Beitragsleistung soll in diesem Jahre 44 Wochen

im Jahre 45 Pf. bezahlt werden sollen (bisher 39 Wochen). Invaliden und Mitglieder, die das 60. Lebensjahr überschritten und zehn Jahre dem Verband angehört haben, sollen künftig pro Woche 15 Pf. (statt 30 Pf.) zahlen. Die Beiträge bis zum 1. Januar müssen spätestens bis zum 1. April bezahlt sein. Mitglieder, die wegen Schulden ausgeschlossen sind, sollen entsprechend den neuen Ausschlußfristen beim Wiedereintritt nur 8 statt 13 Wochen nachzahlen müssen. Die Krankenunterstützung, die künftig nach Tagen statt nach Wochen berechnet werden soll, wurde durch Abschaffung der unteren Klasse eingeschränkt. Das Sterbegeld wurde ein wenig erhöht; es betrug bisher nach 26 Wochen 50 Mk., nach 48 Wochen 60 Mk. und nach 195 Wochen 70 Mk.; in Zukunft soll es von 50 Mk. nach 39 Wochen mit jedem Jahre der Mitgliedschaftsdauer um 5 Mk. bis zum Höchstbetrag von 100 Mk. steigen. Dem Streikreglement wurden folgende Bestimmungen neu eingefügt: Alle Lohnbewegungen (bisher Angriffstreiks) bedürfen der Genehmigung des Hauptvorstandes; die Mitteilnahme davon muß dem Vorstand mindestens einen Monat zuvor gemacht werden. Abstimmungen über Angriffstreiks, die ohne Zustimmung des Hauptvorstandes erfolgen, sind ungültig. Die Streikunterstützung wurde auch für Unverheiratete auf 12 Mk. pro Woche (bisher 10) festgesetzt. Die Dauer der Maßregelungsunterstützung soll 13 Wochen nicht übersteigen; weitere Unterstützungen bedürfen der Genehmigung des Hauptvorstandes. Für die ersten drei Tage wird die Streikunterstützung nicht gewährt. Übersteigen die Kosten des Streiks 20000 Mk., so hat jedes Mitglied eine Extramarke zu 50 Pf. zu entnehmen; bei dem zweiten 20000 Mk. wiederum 50 Pf. u. s. f. Falls bei einem Streik im Binnenschiffahrtsgewerbe Kollegen in die Heimat reisen müssen, soll ihnen das erforderliche Reisegeld zur einfachen Bahnfahrt vierter Klasse von der Hauptkasse vergütet werden. Die Binnenschiffer sind verpflichtet, wenn ein Streik bei ihnen ausbricht, so lange am Orte zu bleiben, bis die Leitung ihnen die Heimreise gestattet.

Die Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet sind in eine Lohnbewegung getreten. Sie haben am 7. März dem Bergbauischen Verein folgende Forderungen unterbreitet: 1. Einführung der achtstündigen Schichtzeit für alle bei der Kohलगewinnung tätigen Arbeiter unter und über Tage. Zum Übergang soll die Arbeitszeit vom 1. Juli 1906 ab neun Stunden, vom 1. Januar 1908 ab acht Stunden betragen. Die Ein- und Ausfahrt ist in die Arbeitszeit einzurechnen. 2. Abschaffung aller Frauenarbeit. 3. Überschichten und -Stunden, soweit nicht Gefahr für das Leben von Arbeitern oder die Sicherung des Betriebs in Frage steht, sind nicht zulässig. Bei notwendigen Überstunden muß ein Aufschlag von 50 Prozent bezahlt werden. Abschaffung aller Prämien und der getrennten Gedinge. 4. Garantierung von Mindestlöhnen, und zwar für Hauer 4,50 Mk. für Schlepper 4,20 Mk. An alle übrigen Arbeiter sind zu zahlen unter 18 Jahren 3 Mk., über 18 Jahre 3,50 Mk. und vom 21. Jahre ab 4 Mk. 5. Umänderungen der neuen Arbeitsordnung. 6. Holz zum Stempeln und zum Verzimmern ist bis an alle Endstationen in genügender Menge und ausgerichtet zu liefern. 7. Ausreichende Badeanstalten. Ausreichende Bewässerung und Sicherung der Gruben. 8. Frisches gutes Trinkwasser ist jederzeit auch unter Tage bereit zu halten. 9. Aufhebung aller Sperren. 10. Humane Behandlung der Arbeiter durch die Beamten. 11. Anerkennung der Bergarbeiterorganisation. 12. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht vorkommen.

In Kassel streikten die Sattler, Hilfsarbeiter und Näherinnen in den Segeltuchfabriken von Salzman & Co., Fröhlich & Wolff, Gottschalk & Co. und Baumann & Lederer. Es handelte sich um die Abwehr von Lohnreduzierungen und die Anerkennung eines Tarifs.

Die Zahl der Gewerkschaftskartelle ist seit August vorigen Jahres von 490 auf 506 gestiegen. Neu gegründet wurden 29 Kartelle in Albin bei Bremen, Aue, Badnang, Bocholt, Borna, Camen, Golditz, Dieburg, Henningsdorf a. D., Hohenfalza, Klein-Auheim, Klein-Steinheim, Kulmbach, Lauban, Löwenberg, Siffa, Minden, Neubrandenburg, Oldesloe, Deynhausen, Paderborn, Penzig, Rastatt, Reddinghausen, Traunstein, Waldshut, Weiden, Weiskirchen, Züllichau. Dagegen sind 13 Kartelle eingegangen oder verfallen, nämlich in Altona, Barby, Celle, Hemer, Königs-Wulterhausen, Magesleben, Rummelsburg, Nidermünde, Waldenburg i. Schl., Weisenau, Weisenfee, Wesel und Zabrze. Das Altonaer Kartell hat sich dem Hamburger angeschlossen; ebenso sind die Kartelle von Rummelsburg und Weisenfee in der Berliner Gewerkschaftskommission aufgegangen.

Im Zimmerer-Verband traten mit dem 26. Februar die neuen Bestimmungen betreffend die Beitragsleistung in Kraft. Es sind folgende fünf Staffeln vorgesehen, je nach der Höhe des Arbeitsverdienstes:

| Lohnklasse | bis 30 Pf. Stundenlohn | Stempelfe | Sotalfeste |
|------------|------------------------|-----------|------------|
| 1. | 31 - 40 | 30 Pf. | 5 Pf. |
| 2. | 41 - 50 | 35 | 10 |
| 3. | 51 - 60 | 45 | 15 |
| 4. | 61 - 70 | 50 | 20 |
| 5. | über 70 | 55 | 25 |

Aus den Abrechnungen der Gewerkschaften für das Jahr 1905. Staufkure 7283 Mitglieder, Vermögen 51838,26 Mk.; Lapezierer 6755 Mitglieder, Vermögen 105626,86 Mk.; Bergolder 1848 Mitglieder, Vermögen 22123,69 Mk.; Steinseger 7364 Mitglieder, Vermögen 98378,35 Mk.; Schmiede durchschnittlich 17131 Mitglieder, Vermögen 23334,04 Mk.; Schuhmacher durchschnittlich 26365 Mitglieder, Vermögen 315650,49 Mk.; Handschuhmacher 3037 Mitglieder, Vermögen 20530,30 Mk.

Nachrichten von der Ausperrung in Pegnitz.

Wegen Nötigung, Körperverletzung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung hatten sich vor dem Schöffengericht Pegnitz die Arbeiter Mayer und Usnus zu verantworten. Die Anklage hat folgende Vorgeschichte: Der 17-jährige Schlosser Jaumer von München war zur Zeit der Metallarbeiterausperrung bei seinem Onkel Vogel in Kasau zu Besuch. Dieser redete ihm zu, bei der Firma Hilpert in Pegnitz Arbeit zu nehmen und betraute ihn mit einem Schlüssel, auf dem er unbehindert von den ausgesperrten Arbeitern zur Fabrik gelangen könne. Jaumer ließ aber doch auf den bei der Wäschmühle auf Posten befindlichen Meyer und da er diesem, einem verheirateten ruhigen, geleisteten Mann von ungefähr 40 Jahren in äußerster frecher, ungesogener Weise auf seine Fragen antwortete, so entspann sich eine kleine Auseinandersetzung, an der später auch der in der Nähe arbeitende Usnus teilnahm. Jaumer kehrte darauf wieder nach Kasau zurück. In den nächsten Tagen kam er wieder nach Pegnitz und nahm durch Vermittlung seines Vaters Köster in der genannten Fabrik Arbeit. Gleichzeitig erstattete er bei der Gendarmerie Anzeige gegen die obgenannten Arbeiter und hielt die Anzeige auch anrecht, trotzdem er inzwischen aus eigenem Antrieb beim Komitee der Ausgesperrten erschienen war und dort erklärt hatte, es sei un wahr, daß er irgendwie ungebührlich belästigt worden sei. Ebenso hatte er dort seine Bereitwilligkeit erklärt, nicht zu arbeiten, wenn er Fahrgehalt bis Hamburg bekomme, was ihm zumweg abgefragt wurde. Auf die Anklage des Jaumer hin erhob der Staatsanwalt Anklage. In der Verhandlung betritten die Angeklagten auf das entschiedenste, eine Nötigung verübt zu haben. Lediglich Usnus gab die Möglichkeit einer leichten Körperverletzung zu, veranlaßt durch das provozierende, beleidigende Verhalten des Jaumer. Jaumer bereit beim 3. Feldartillerieregiment, kommissarisch vernommen, hält seine belastenden Aussagen im wesentlichen aufrecht, in verschiedenen Punkten seiner Aussagen mit den früher gemachten Angaben. Von den in der Nähe befindlichen Zeugen hat niemand etwas von einer Bedrohung oder Körperverletzung bemerkt. Zeuge Serwi, Vorarbeiter auf der Bahn, 60 Jahre alt, behauptet, daß Jaumer auf ihn den Eindruck eines „richtigen Münchener Frächts“ gemacht habe, er habe bei sich gesagt, dem „gehört die Goida anständig obigeräum“. Gleichwohl hält der Staatsanwalt die Klage anrecht und beantragt Verurteilung, um im Hinblick auf Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung weitere Erhebungen zu pflegen, im Falle der Ablehnung dieses Antrags beantragt er für Meyer 20 Mk., für Usnus 40 Mk. Geldstrafe. Der Verteidiger Dr. Süßheim plädiert für Mayer auf Freisprechung, für Usnus lediglich wegen leichter Körperverletzung auf eine geringe Geldstrafe. Gena entschieden widerspricht er der Annahme, daß ein

Vergehen gegen die Gewerbeordnung vorliege. Es handelte sich nicht um ein Streik, eine Vereinbarung zur Erlangung günstiger Arbeitsverhältnisse, sondern um eine Ausperrung. Das Gericht verurteilt Meyer wegen Nötigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung auf 10 Mk., Usnus wegen Nötigung, leichter Körperverletzung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung zu 20 Mark Geldstrafe. Ein Vergehen gegen den ominösen § 153 nahm das Gericht deshalb als gegeben an, als die Ausperrung die Folge des vorangegangenen Modellkassierstreiks war, man also wohl einen Streik als vorhanden annehmen könne.

Vater Staat als Arbeitgeber.

Anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars war in den königlichen Eisenbahnwerkstätten den Arbeitern der Nachmittag freigegeben worden. Jetzt aber erging nach der Breslauer Zeitung die Weisung, die ausgefallenen vier Arbeitstagen nachzuarbeiten.

Die Arbeiterturnzeitung.

Das 14tägig erscheinende Organ des 80000 Mitglieder zählenden Arbeiterturnverbundes, hat die Auflage von 50000 Exemplaren überschritten und markiert damit wohl an der Spitze aller auf dem gesellschaftlichen Vereinsgebiet erscheinenden Zeitschriften. Diese respektable Auflage vermindert um so mehr, da die Arbeiterturnzeitung weder durch Zwang, noch durch obligatorische Einführung von Bundeswegen in ihrer Auflage gesteigert wird.

Ein abgefasster Verleumder.

Was ist nicht alles schon über Arbeiter zusammengelogen worden, die weiter nichts getan haben, als ihre Rechte wahrzunehmen! Einer von den wenigen Fällen, in denen es geglättet ist, den Urheber zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen, wird aus Kulmbach berichtet. Als dort im vergangenen Herbst die Wätker streikten, hieß es plötzlich, die Streikenden hätten die Absicht, die Wätkerische Fabrik anzuzünden. Das Gericht ging auch in die Presse über und führte dazu, daß sogar polizeiliche Recherchen eingeleitet wurden. Einer der Streikenden namens Beh wurde auf der Polizei verhört. Er erfuhr dann, daß dieses Gerücht von dem Wätkerischen Schübel ausgegangen war, der dafür von dem Fabrikanten Böttner einen Taler und einige Zigarren bekommen hatte. Beh stellte Verteidigungsfrage. Schübel wollte in der Verhandlung leugnen, wurde aber als Urheber überführt. Nur mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse nahm der Kläger den angebotenen Vergleich an, wonach jener die Hauptsumme mit tiefem Bedauern zurücknimmt, alle Kosten trägt und 10 Mk. in die Streikklasse der Wätker bezahlt. — Hier ist nun einmal geglättet, den Schwächer zu fassen. Wie oft kommt es aber vor, daß dies nicht möglich ist, oder daß er vor Gericht „wegen mangelnden Beweises“ freigesprochen wird!

Gewerbegerichtliches.

Lohnzahlung in verschlossenen Düten. Wen trifft die Beweislast bei Streit über die Vollständigkeit? (Bürgerliches Gesetzbuch § 363. — Urteil des Gewerbegerichtes Danzig vom 21. November 1905.) Kläger behauptet, daß ihm der Beklagte bei der Lohnzahlung am 4. November 1905 einen Betrag von 10 Mk. zu wenig bezahlt habe. Der Beklagte behauptet dagegen: Der Lohn sei jedem Gefellen in einem verschlossenen Kuvert behändigt worden, auf dem der Betrag des inliegenden Lohnes vermerkt gefanden habe. Auch Kläger habe den Lohn für die letzte Woche mit 18,50 Mk. in der Werkstätte in einem solchen verschlossenen Briefumschlag erhalten, und obwohl er aufgefordert sei, sogleich den Inhalt des Kuverts auf seine Richtigkeit zu prüfen, sich, ohne dies zu tun, sofort in seine eine Treppe höher belegene Wohnung begeben. Mehrere Minuten nach Empfang des Geldes sei Kläger wieder in der Werkstätte erschienen und habe behauptet, daß an dem Inhalt des Kuverts der Betrag von 10 Mk. gefehlt habe. Kläger behauptet, das Kuvert sei an einer Ecke eingerrissen gewesen. Beweisen könne er dies freilich nicht, da das Kuvert nicht mehr vorhanden sei. Ferner seien vor der Auszahlung des Lohnes drei Kuverts auf die Erde gefallen, dabei sei möglicherweise Geld herausgerollt. Die Klage ist abgewiesen. Aus den Gründen: § 363 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt: Hat der Gläubiger eine ihm als Erfüllung angebotene Leistung als Erfüllung angenommen, so tritt ihn die Beweislast, wenn er die Erfüllung deshalb nicht als Erfüllung gelten lassen will, weil sie eine andere als die geschuldete Leistung oder weil sie unvollständig gewesen sei. Unstreitig hat Kläger vom Beklagten bei der Lohnzahlung am 4. November 1905 ein verschlossenes Kuvert mit der Aufschrift „inliegend 18,50 Mk.“ als Erfüllung des ihm in Höhe von 18,50 Mk. zustehenden Lohnanspruchs angenommen. Es hätte ihm freigegeben, das verschlossene Kuvert zurückzuweisen, oder es, der Aufforderung der Beklagten gemäß, in dessen Gegenwart zu öffnen und seinen Inhalt zu prüfen. Da er dies nicht getan, sich vielmehr mit dem unerschneten Kuvert in seine Wohnung begeben hat, trifft ihn auch gemäß obiger Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches die Beweislast dafür, daß das Kuvert nicht volle 18,50 Mk. enthalten habe. Den Beweis hierfür hat Kläger aber nicht erbracht. Es muß daher angenommen werden, daß Kläger den vollen Betrag von 18,50 Mk. erhalten hat. (Gewerbe- und Kaufmannsgericht.)

Recht der Arbeitnehmer der Arbeit unbefugt fern, wenn er von seiner Erkrankung keine Meldung macht? (Gewerbeordnung § 123. — Urteil des Gewerbegerichtes Hannover vom 21. Dezember 1905.) Die Lohnentziehungsklage ist abgewiesen. Aus den Gründen: Die Verhandlung hat ergeben, daß der Kläger zwei Tage der Arbeit ferngeblieben ist. Wenn es auch richtig sein sollte, daß der Kläger an diesen beiden Tagen krank war, mithin ein genügender Grund zu seinem Fortbleiben vorlag, so war er doch verpflichtet, diesen Grund der Beklagten mitzuteilen. Er mußte ihr schriftlich oder mündlich erklären beziehungsweise erklären lassen, daß er krank und daher nicht in der Lage sei, seinen Dienst wahrzunehmen. Hat er dies nicht, was im vorliegenden Falle feststeht, so blieb er eben unbefugt fern. Da unbefugtes Fernbleiben von der Arbeit gemäß § 123 der Reichsgewerbeordnung aber die sofortige Annullierung des Arbeitsverhältnisses zu rechtfertigen vermag, konnte dem Entschädigungsanspruch des Klägers nicht stattgegeben werden. (Gewerbe- und Kaufmannsgericht.)

Gilt, wenn die Majorität der Arbeitgeber sich einem Tarifvertrag unterworfen hat, der tarifmäßige Lohn als übliche Vergütung? (Bürgerliches Gesetzbuch § 612. — Urteil des Gewerbegerichtes Dortmund vom 21. Januar 1906.) Der Kläger war bei der Beklagten in der Zeit vom 3. bis 12. Januar 1906 als Maurer beschäftigt. Er hat im ganzen 78 1/2 Stunden bei ihr gearbeitet. Ein Lohn ist zwischen den Parteien nicht vereinbart worden. Als Kläger die Arbeit bei der Beklagten verließ, zahlte ihm diese nur einen Stundenlohn von 45 Pf. aus. Zudem der Kläger behauptet, daß er als üblichen und tarifmäßigen Lohn 53 Pf. zu beanspruchen habe, hat er auf Zahlung der Differenz Klage erhoben. Die Beklagte macht geltend, daß sie sich dem Tarif nicht unterworfen habe. Der Höchstlohn, den sie an der hier fraglichen Baustelle bezahlt habe, betrage nur 50 Pf. pro Stunde. Da die Leistungen des Klägers erheblich gegen diejenigen der übrigen Maurer zurückgeblieben seien, halte sie den bezahlten Lohn von 45 Pf. für die Stunde für angemessen. Die Beklagte ist verurteilt. Aus den Gründen: Die unrichtig unter den Parteien ist, ist zwischen ihnen ein Preis für die Arbeitsleistung des Klägers nicht vereinbart worden. Gemäß § 612 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches war somit, da eine „Tare“ für die hier in Frage kommende Arbeit nicht besteht, die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen. Als üblich aber muß diejenige Vergütung gelten, welche im allgemeinen für eine derartige Arbeit bezahlt zu werden pflegt. Nach dem Gutachten des Sachverständigen haben sich nun wohl zwei Drittel aller Arbeitgeber in Dortmund dem hier in Rede stehenden Tarif unterworfen. Es ist daher der in diesem Tarif festgesetzte Lohn als die übliche Vergütung zu betrachten. Der angemessene Lohn, den die Beklagte zahlen will, würde erst dann in Frage kommen, wenn es an einem Maßstab für die Feststellung der üblichen Vergütung fehle, indem in diesem Falle der Kläger gemäß § 316 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Höhe des Lohnes zu bestimmen, diese Bestimmung aber gemäß § 316 des Bürgerlichen Gesetzbuches noch billiger Ermeßen aus zu treffen hätte.

Da nun unbestritten der Tarif ohne Rücksicht auf die Güte der Arbeitsleistung für Maurer einen Stundenlohn von 53 Pf festsetzt, so war dieser Betrag dem Kläger als übliche Vergütung zuzubilligen, ohne daß es darauf ankam, ob seine Leistungen erheblich gegen diejenigen der übrigen auf der Baustelle beschäftigten Maurer zurückgeblieben sind.

Hirsch-Dumckeriana.

Zur Formerbewegung. Wer in der letzten Zeit den Regulator aufmerksam verfolgt hat, wird gesehen haben, daß seine Schreibweise immer giftiger geworden ist. Das ist kein Wunder. Der Gewerkschaftsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter gibt schweres Geld aus für Reklame, hat außerdem noch Bezirksleiter angestellt, die das ganze Deutsche Reich von einem Ende bis zum anderen durchreisen müssen, um zu sehen, ob sie nicht irgendwo ein paar Mann aufzutreiben, die sich für die Hirsch-Dumckerlei einfangen lassen. Und der Erfolg ist für die Raib, alle Anstrengungen sind nutzlos. Wenn nicht der Gewerkschaftsverein der Klempner im Laufe des Jahres 1905 zu dem der Maschinenbauer übergetreten wäre, hätte dieser überhaupt keinen nennenswerten Zuwachs bekommen. Das soll die Oberhirse nicht ärgern, zumal sie es mit ansehen müssen, daß ganz Deutschland, soweit es sich für die Gewerkschaften interessiert, voll Spannung dem Augenblick entgegenfiehet, wo der Deutsche Metallarbeiter-Verband 300 000 Mitglieder zählen wird! Am meisten erfüllt es Herrn Gleichauf, den freitragenden Medakteur des Regulator, mit Grimm, daß, während er sich bemüht, seine Betreuten mit so schönen Anbieten zu unterhalten, wie die von der Frau in den Wechseljahren, der Deutsche Metallarbeiter-Verband bestrebt war, die ihm von der vorjährigen Formerbewegung übermittelten Wünsche zu erfüllen und eine Aktion zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Gießereien einzuleiten. Da wäre es den Herren an der Spitze des Gewerkschaftsvereins gar zu angenehm gewesen, wenn unser Verbandsvorstand sie höflichst zur Teilnahme eingeladen hätte. Sie hätten dann doch „mal so tun“ können, als ob auch sie sich ernsthaft die Vertretung von Arbeiterinteressen angelegen sein ließen. Die Hartmann, Gleichauf und Konsorten hätten um so lieber diesen Anschein erweckt, weil — soweit unsere Kenntnis reicht — sich nur eine ganz geringfügige Zahl von Formern und Gießereiarbeitern in ihre Hürde verirrt hat. Wenn also in nächster Zeit in einzelnen Gießereien Streiks ausbrechen müßten, so kostete dies den Hirschen im schlimmsten Falle nur wenig Geld und sie hätten eine verhältnismäßig billige Gelegenheit, ihr in letzter Zeit ziemlich meißig gewordenes Renommee ein wenig aufzufrischen zu können. Doch wie gesagt, damit war es diesmal nichts und die Folge ist ein ungeschöner Artikel in Nr. 10 des Regulator, worin es wörtlich heißt:

Wenn durch die verkehrte Politik des Metallarbeiter-Verbandes, der christlichen Metallarbeiter-Verband und der Gewerkschaften der Maschinenbau- und Metallarbeiter in dieser Frage gemeinsam und selbständig vorgingen, dann hätten es ja unter Umständen die Unternehmer in der Hand, das eine Arbeiterheer gegen das andere auszuspielen zu können. Beschäftigt das etwa der Deutsche Metallarbeiter-Verband? Das alles wäre dann nur eine Folge der verkehrten Politik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Wir erheben heute schon, vor Beginn des Kampfes, unsere Stimme, unseren Kollegen zuzurufen, macht es überall bekannt, die volle und ganze Verantwortung für eine nochmalige Niederlage würde mit ganzer Macht den Deutschen Metallarbeiter-Verband treffen, weil seine Führer aus Hochmut, Eigenjam oder Unfähigkeit glaubten auf die Mithilfe des Gewerkschaftsvereins und des christlichen Metallarbeiter-Verbandes verzichten zu können.

Unsere Kollegen werden wissen, was mit dem „gemeinsamen und selbständigen Vorgehen“ gemeint ist. Sie werden zweitens die Tatsache zu mündigen wissen, daß der christliche Verband den Hirschen als Epitaphium gut genug ist, wenn es gilt, in eine Aktion unseres Verbandes einen Keil zu treiben, obwohl beide Teile sich sonst arg genug in den Verträgen liegen. Zum dritten werden die Mitglieder der Hirsch-Dumckerischen Gewerkschaften, denen das Gefühl für Arbeitersolidarität noch nicht abhanden gekommen ist, aus der verkehrten Politik des Regulator zur Sprache erheben können, welche eine unwürdige Rolle ihnen zugebilligt ist und wie werden daraus hoffentlich ihre Konsequenzen ziehen. Im übrigen glauben wir festlich, daß die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Formern sich von den Hirschen nicht im geringsten fürchten werden, zumal ja auch der Regulator wohlweislich unterläßt, auszugeben, wie groß denn eigentlich das „Arbeiterheer“ ist, das er ebenfalls gegen sie auf die Beine bringen wird.

Herr Hartmann und § 11 des Preßgesetzes. In Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung hat etwas drei geschrieben, was Herr Hartmann, dem Generalsekretär des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, nicht gefallen hat. Das ist schon öfter vorgekommen und wird sich auch in Zukunft wohl nicht ganz vermeiden lassen. Diesmal glaubte der Herr ein übriges zu tun und mit einem sanfter geäußerten, eigenhändig unterzeichneten Schreiben schreiben zu müssen, der nach seiner Angabe eine „Scherzschmäh“ enthält. Ferner ermahnte er uns höflichst, diese abgelehnt. Aber trotz der Lebenswürdigkeit des Herrn Hartmann waren wir leider nicht inflexible, seinen Wunsch zu erfüllen. Die Folge war ein von „edlen Jura“ geschriebener Artikel in Nr. 10 des Regulator, der unter anderem auch das nun uns so schände verzeichnete Schreiben des Herrn Hartmann enthält. Nachdem nun zum 10. mal in vielen Male dem Leser der — Metallarbeiter-Zeitung ein solches darüber angehängt worden ist, was für böse Streiche in unserer Redaktion gehen, wird Herr Hartmann zum Schluß wieder gemüßigt und erklärt, daß er deswegen nicht zum Kadi laufen werde. Wenn er aber glaubt, damit seine Augen auf unserer Schokolade jammern zu können, so müssen wir ihm zu unserem Bedauern erklären, daß dies vorübergehende ist. Wenn Herr Hartmann zum Kadi laufen würde, so hätte ihm dieser erklärt, daß er gar nichts bei ihm zu suchen habe, weil auf Grund des § 11 des Preßgesetzes eine Strafbewehrung nur dann angenommen werden darf, wenn sie von einem Beteiligten ausgeht. Dies ist aber der Verleumdungsbegriff in Dresden. Herr Hartmann mag uns also gütigst versprechen, daß wir für seine Strafbewehrung und sein Verleihen, für Herrn Schmidt den Bescheid spielen zu wollen, so wenig Verständnis haben. Was das nun schon wiederholt im Regulator verpönte Geschreiber von der „Klagemann“ — wie die geistreiche Verpönung lautet — des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes enthält, so wollen wir dies mit dem letzten Hinweis darauf abtun, daß es schon viel früher in Hirsch-Dumckerischen Streifen Güte war, zum Kadi zu laufen, ehe noch irgend einer von unseren Kollegen davon dachte, den Hirschen ein Gleiches zu tun. Nachdem nun der Herr Hirsch und besonders die Redaktionen des Regulator — wie es scheint, auf die Bergung anderer Kollegen verstanden — in ihren Anstrengungen gar zu unerschrocken geworden sind, ist gar kein Zweifel, daß die Sache doch schließlich zu demselben Ende kommen wird, was schon dem Herrn Schmidt und dem Herrn Gleichauf bei der letzten Strafbewehrung vergewissert wurde, hat Herr Gleichauf bei der Strafbewehrung vergewissert, daß er nicht beabsichtigt, so daß er immer noch weitere Schimpfereien darüber lassegen mag.

Vom Husland.

England.

Wichtigste Lohnzahlung für die letzten Monate unterzogen haben, wie wir bereits in Nr. 10 berichtet haben, die 18 verschiedenen Gewerkschaften der Metallarbeiter und Eisenarbeiter, denen die auf den Schiffsbau als Glieder beschlossenen Arbeiter angehören. Sie haben durch Verhandlungen mit großer Mehrheit beschlossen, die Forderung, daß sie von den Unternehmern nicht behandelt werden, nach einem zu entscheiden. Hr. Bates, der Generalsekretär des Schiffbauers-Verbandes, erklärte sich ebenfalls für die Forderung der Arbeiter; die wichtigsten und notwendigsten Schiffsbauern langfristige Lohnverträge schließen für die Arbeiter sehr groß und werden beschleunigt werden.

Frankreich.

Seit dem 23. Januar stehen in Maromme 260 Formern und Gießereiarbeiter im Streik. Sie fordern: Abschaffung der Affordarbeit; für die Befristete je nach dem Alter von 13 bis 18 Jahren einen Taglohn von 1 bis 4 Francs, für Arbeiter von 18 bis zu 20 Jahren halbjährlich eine Lohnerhöhung von 25 Centimes pro Tag; für die Maschinenformern einen Taglohn von 6 Francs 50 Centimes; für Arbeiter am Kupolofen eine Lohnerhöhung von 25 Centimes täglich; für die Gusspoker und -schweißer Lohnerhöhungen entsprechend dem Alter, den Fähigkeiten und den vor Ausbruch der Differenzen bereits bezogenen Löhnen; für neu eingestellte Hilfsarbeiter einen Minimallohn von 3 Francs 50 Centimes, der nach einjähriger Beschäftigung auf 4 Francs steigt; für Überstundenarbeit 50 Prozent Lohnzuschlag und vollständige Abschaffung der Geldstrafen. Diese Forderungen wurden von M. Breton, dem Leiter der Gießerei, abgelehnt.

Amerika.

Internationale Verständigung. Die amerikanische Federation of Labor (Präsident Compers) hatte auf ihrem letzten Kongress einen Beschluß gefaßt, der einen kleinen Schritt vorwärts bedeutet. Der Zentralvorstand wurde nämlich beauftragt, sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen von Amerika und Europa in Verbindung zu setzen, um ein Gegenseitigkeitsverhältnis herbeizuführen, wonach die Mitglieder einer Gewerkschaftsorganisation des einen Landes ohne weiteres Mitglied in der betreffenden Berufsorganisation eines anderen Landes werden können, ohne von neuem Eintrittsgeld zahlen zu müssen und den sonstigen Aufnahmebedingungen unterworfen zu sein. Die amerikanischen Gewerkschaften haben bekanntlich in dieser Beziehung viel Anlaß zur Klage gegeben. Die zahlreichen von Europa, besonders auch aus Deutschland nach Amerika ausmigranten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind in den Vereinigten Staaten, wenn sie in den dortigen Gewerkschaften Aufnahme finden wollten, zur Hinterlegung hoher Eintrittsgelder (in einzelnen Fällen bis zu 200 Mk.) gezwungen worden, ja, in einigen Organisationen fanden sie überhaupt keine Aufnahme. Es ist also ein Schritt zum Besseren, wenn die amerikanischen Arbeiter jetzt eingesehen haben, daß sie ihre zünftlichen Bestimmungen auf die Dauer nicht aufrecht erhalten können. Der Präsident Compers richtet jetzt in Ausführung des obigen Beschlusses ein Rundschreiben an die deutschen Gewerkschaften.

Stuttgart, den 12. März 1906.

Nachruf.

Unsere Kollegen haben wir eine erschütternde Mitteilung zu machen. Der Kollege

Wilhelm Bremer

ist gestern beim Befahren der Straßenbahn so schwer verunglückt, daß er heute morgen infolge der dabei erhaltenen Verletzungen verschieden ist. Vorher hatte Kollege Bremer noch in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter der hiesigen Verwaltungsstelle eine Mitgliederversammlung geleitet. Kollege Bremer hat es verstanden, sich das Vertrauen und die Hochachtung der Stuttgarter Kollegen in hohem Maße zu erwerben, so daß diese ihn wiederholt zum Bevollmächtigten ihrer Verwaltungsstelle wählten.

Nicht nur in Stuttgart, sondern auch bei den Formern Deutschlands, seinen Branchekollegen, war Kollege Bremer bekannt. Sein Tod wird namentlich die Kollegen mit Trauer erfüllen, denen seine eifrige Tätigkeit an der Spitze der Formerbewegung in Braunschweig und darauf im Vorstand des Zentralvereins der deutschen Formern bekannt ist. Nachdem diese Organisation den Übertritt zu unserem Verband beschloß, trat Kollege Bremer mit in unser Hauptbureau ein und verstand es, das in ihn gesetzte Vertrauen durchaus zu rechtfertigen. Wir verlieren in ihm einen eifrigen, für die Arbeiterbewegung befehligen Kollegen. Ihre feinen Absichten!

Der Vorstand.

Literarisches.

Adolf Goldschid: Probleme des Marxismus. I. Verleumdung oder Realisationsstheorie? Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H. 54 Seiten. Preis 60 Pf. — Der Verfasser geht in der vorliegenden Schrift aus von der Erklärung Goldschids, wonach es nicht die dem Kapitalismus immanenten Verleumdungsströmungen selber, sondern die dieser entgegenwirkenden sozialistischen Gegenströmungen des organisierten Proletariats sind, die den Sieg des Kapitalismus unabweislich machen. Er erhebt in dieser Schrift die Frage, ob die Realisationsstheorie der Verleumdungstheorie, das unabweislich die Frage beantwortet werden muß, ob die Verleumdungstheorie oder die Realisationsstheorie die maßgebende Triebkraft der Entwicklung zum Sozialismus darstellt. Bei Marx ist nach Goldschid alles so weit richtig, als es sich um die Hauptbestimmungen des großen Arbeiterheeres innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft handelt; den Schlüssel der kapitalistischen Tragödie habe Marx jedoch nur äußerlich hingewiesen angeben. Was Goldschid will, wenn er einmal das große Arbeiterheer organisiert ist und die kapitalistische Entwicklung aus der Hand genommen, darüber seien bei Marx nur ganz unvollständige Andeutungen zu finden. Goldschid erklärt dann, daß hier die Arbeit der sozialistischen Theoretiker ein großes Gebot sei, die das Bewußtsein von Karl Marx herzustellen wollen. Hier sei notwendigste sozialistische Kritik zu üben, die aber unbedingt nicht mit dem Zusammenbruch des Marxismus, sondern vielmehr mit dessen glänzender Fortsetzung ebnen werde. Die Fortsetzung des Sozialismus liege in der positiven Weiterentwicklung der marxistischen Lehre. In großen und ganzen erscheinen uns Goldschids Lehren die Ausführungen des Verfassers plausibel. Das darf uns jedoch nicht abhalten, was immer möglich, ja, strenglich, gegenüber zu verhalten. Diese Schrift wird jeder Arbeiter, insbesondere auch jeder Arbeiter, der sich nicht von Unablässigkeit jenseits ist. So behauptet er auf Seite 31: Marx und Engels gingen, wie sehr das Unablässige sein des Denkens und Redens der Arbeiter bestimmt, aber sie unterließen es, die unabweisliche Verbindung des wichtigsten Problems und Welches auf des Unablässiges sein mit in Betracht zu ziehen. Das stimmt nicht. Wenigstens von Engels liegen Bemerkungen des Gegenfalls vor. Wenn dem Verfasser solche Beispiele unterliegen, dann darf er sich nicht wundern, wenn seine Gegner sie annehmen, um die Plausibilität der übrigen Teile des Buchs zu erschüttern. Unablässiger ist die Schrift sehr anregend und wir können sie unseren Lesern, soweit sie die zu solchen Gebieten genügenden Vorkenntnisse haben, nur zu Aufschaffung empfehlen. Es liegt nicht im Rahmen einer literarischen Kritik, auf weitere Beispiele einzugehen. Falls dies noch notwendig erscheint, werden wir später darauf zurückkommen.

Paul Hirsch: Sozialistische Weltanschauung. Berlin 1906. Verlag Buchhandlung Vorwärts. 60 Seiten. Preis 1 Mk., Kopienpreis 50 Pf.

Die von der Buchhandlung Vorwärts in diesem Jahre herausgegebene Märzzeitung ist der Arbeiterbewegung höchst willkommen. Preis 20 Pf.

Kurt Götter: Der Aufbau des Reiches. Ein marxistisches Bild deutscher Diplomatenspolitik. Göttingen.

Druck und Verlag von Rade & Co. 1906. 72 Seiten. Preis 40 Pf. — Eine der interessantesten und wichtigsten politischen Broschüren der Gegenwart. Sie enthält eine eingehende Darstellung der Vorgeschichte der Konferenz von Algier und zeigt selbst demjenigen, der nichts weniger als hurrapatriotisch gesonnen ist, mit erschreckender Deutlichkeit, mit welchem gemeingefährlichen Nachdruck in der gegenwärtigen Ära Bülowischer „Weltpolitik“ um irgend einer Utopie willen die Gefahr des blutigen Krieges zwischen zwei Kulturnationen heraufbeschworen wird, den die Welt zu gefahren hat. Die Schrift ist vorzüglich geeignet, in ihren Lesern die Überzeugung hervorzurufen oder zu befestigen: Diefem System keinen Mann und keinen Groschen!

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.) Samstag, 17. März: Freiberg i. S. Fabianowk, halb 9. Kempten. Brauer, 9 Uhr. Korb. Germania, halb 9 Uhr. Kusau. Deutsches Haus in Kusau, 8 Uhr. Neufahrn. Sonne, halb 9 Uhr. Neuwied. Kleinmann, Heberdort, 9 Uhr. Preytlau. Trebeich, Schelle 67, 1/2. St. Georgen. Sonne, halb 8 Uhr. Waldshut. Waldshut, halb 9 Uhr. Weimar. Koch, halb 9 Uhr. Wiesbaden. Kleiner Reichstag, halb 8.

Sonntag, 18. März: Eisenach. Fröhlicher Mann, v. 11. Offen-Bergeshof. Spielmann, a. 6. Offen-Stein. Dien, vorm. 11 Uhr. Grimma i. S. Jägerhof, nachm. 1/2. Hannov. L. Heißmann, Lange, 2. 10. Leipzig. Lehmann, vorm. 11 Uhr. Mährische. Werte, nachm. 3 Uhr. Pörschen. Grünwald, vorm. 11 Uhr. Montag, 19. März: Genua-Großhaufeln. Mainluft, 6/4. Dienstag, 20. März: Gaderstedt. Zentralherberge, 8 1/2. Mittwoch, 21. März: Bant. Gewerkschaft, Friedrichshof, 1/2. Berlin (W o a b i t). Bezirksversammlung in der Kronenbrauerei, Mühlentw. 47-49, halb 9 Uhr. Pfortenw. Schwefelerei, halb 9. Gaggenau. Post, halb 9 Uhr.

Donnerstag, 22. März: Mühlheim a. Rh. Müller, halb 9 Uhr. Freitag, 23. März: Pörschen. Theis-Kölling, 1/2. Genua Gold- u. Silberarb. Saalbau, 2. Samstag, 24. März: Ansbach. Goldener Hirsch, 8 Uhr. Apolda. Vorwärts, halb 9 Uhr. Aue-Oberfachsenfeld. Löwen, 1/2. Bitterfeld. Hohenzollern, halb 9. Döbeln. Altherrera, halb 9 Uhr. Dortmund. Formern. Marx, halb 9. Dortmund. Tierpark. Schäfer, 1/2. Dursberg. Gambinus, 9 Uhr. Durlach (Baden). Baum, halb 9. Erlangen. Deutscher Hof, 8 Uhr. Frankfurt i. S. Müll, halb 9 Uhr. Gelsenkirchen. Köning, halb 9 Uhr. Geseß. Vogelmann, Heberdort, 1/2. Glangau i. S. Weißes Roß, halb 9. Götha. Heiterer Wirt, halb 9 Uhr. Götting. Erholung, halb 9 Uhr. Gogen-Walpe. Bierstein, halb 9. Heilbronn a. N. Roße, 8 Uhr. Herten. Krug, 8 Uhr. Hirschberg. Andreasgärtle, halb 9. Hirschberg. Deutsches Haus, halb 9. Krefeld. Pörschen, Pörschen, 9. Linden. Restaurant Feiß, 8 Uhr. Lüneburg. Lampertshalle, halb 9. Mettmann. Otto Eger, 9 Uhr. Mühlheim. Deutscher Kaiser, 8. Mühlheim. Eintracht, 9 Uhr. Neufahrn i. S. Wiener Hof, halb 9. Radeburg (Schmied). Blauer Pfau, 8. Radeburg (Schmied). Zentralhalle. Radeburg. Rappen, halb 9 Uhr. Radeburg (Schmied). Honsberg, halb 9. Radeburg. Sinf. Rathaus, 8 1/2. Radeburg. Goldene Krone, halb 9. Spremberg. Knorr, halb 9 Uhr. Stolp in Pommern. Robert Seif. Weisberg. Goldene Roße, halb 9. Weisberg. Blaue Glode, halb 9. Zerbst. Germania, halb 9 Uhr.

Sonntag, 25. März: Albstadt. Zwölf Apostel, vorm. 10. Heilbr. Kaiser Schwan, nachm. 1/2. Kar i. Erzgeb. Reichshalle, nachm. 3. Bitterfeld-Deutscher. Eintracht, 11. Bitterfeld i. S. Bayer. Hof, vorm. 11. Bitterfeld a. d. S. Vereinigung, nachm. 4. Pörschen. Erppah, Schöblich, v. 10. Götting. Gewerkschaftshaus, v. 1/2. Gogen (Altmann). Baum, 1/2. Gogen-Heberdort. Tonhalle, halb 11. Heberdort. Alte Markt, vorm. 10. Heberdort (Formern). Götting, 11 Uhr. Gogen. Grimes, 8 Uhr. Mühlheim a. d. R. Brant, Rot Löwe, 1/2. Mühlheim a. d. R. Hollenber, v. 11. Mühlheim a. d. R. Hirschberg, 11. Mühlheim a. d. R. Holweide. Thelen, v. 11. Mühlheim a. d. R. Götting, vorm. 11 Uhr. Radeburg. Walter in Götting, nachm. 11. Radeburg. Kleinmühl, Radeburg, 10. St. Jäger. Radeburg, vorm. 10. Radeburg. Friedrichstraße, 11.

Montag, 26. März: Heilbr. Heberdort, halb 9 Uhr. Radeburg (Schmied). Zentralpalast, 1/2. Radeburg. Gewerkschaftshaus, 8. Dienstag, 27. März: Götting. Zwölf Apostel, vorm. 10. Heilbr. Kaiser Schwan, nachm. 1/2. Kar i. Erzgeb. Reichshalle, nachm. 3. Bitterfeld-Deutscher. Eintracht, 11. Bitterfeld i. S. Bayer. Hof, vorm. 11. Bitterfeld a. d. S. Vereinigung, nachm. 4. Pörschen. Erppah, Schöblich, v. 10. Götting. Gewerkschaftshaus, v. 1/2. Gogen (Altmann). Baum, 1/2. Gogen-Heberdort. Tonhalle, halb 11. Heberdort. Alte Markt, vorm. 10. Heberdort (Formern). Götting, 11 Uhr. Gogen. Grimes, 8 Uhr. Mühlheim a. d. R. Brant, Rot Löwe, 1/2. Mühlheim a. d. R. Hollenber, v. 11. Mühlheim a. d. R. Hirschberg, 11. Mühlheim a. d. R. Holweide. Thelen, v. 11. Mühlheim a. d. R. Götting, vorm. 11 Uhr. Radeburg. Walter in Götting, nachm. 11. Radeburg. Kleinmühl, Radeburg, 10. St. Jäger. Radeburg, vorm. 10. Radeburg. Friedrichstraße, 11.

Montag, 26. März: Heilbr. Heberdort, halb 9 Uhr. Radeburg (Schmied). Zentralpalast, 1/2. Radeburg. Gewerkschaftshaus, 8. Dienstag, 27. März: Götting. Zwölf Apostel, vorm. 10. Heilbr. Kaiser Schwan, nachm. 1/2. Kar i. Erzgeb. Reichshalle, nachm. 3. Bitterfeld-Deutscher. Eintracht, 11. Bitterfeld i. S. Bayer. Hof, vorm. 11. Bitterfeld a. d. S. Vereinigung, nachm. 4. Pörschen. Erppah, Schöblich, v. 10. Götting. Gewerkschaftshaus, v. 1/2. Gogen (Altmann). Baum, 1/2. Gogen-Heberdort. Tonhalle, halb 11. Heberdort. Alte Markt, vorm. 10. Heberdort (Formern). Götting, 11 Uhr. Gogen. Grimes, 8 Uhr. Mühlheim a. d. R. Brant, Rot Löwe, 1/2. Mühlheim a. d. R. Hollenber, v. 11. Mühlheim a. d. R. Hirschberg, 11. Mühlheim a. d. R. Holweide. Thelen, v. 11. Mühlheim a. d. R. Götting, vorm. 11 Uhr. Radeburg. Walter in Götting, nachm. 11. Radeburg. Kleinmühl, Radeburg, 10. St. Jäger. Radeburg, vorm. 10. Radeburg. Friedrichstraße, 11.

Montag, 26. März: Heilbr. Heberdort, halb 9 Uhr. Radeburg (Schmied). Zentralpalast, 1/2. Radeburg. Gewerkschaftshaus, 8. Dienstag, 27. März: Götting. Zwölf Apostel, vorm. 10. Heilbr. Kaiser Schwan, nachm. 1/2. Kar i. Erzgeb. Reichshalle, nachm. 3. Bitterfeld-Deutscher. Eintracht, 11. Bitterfeld i. S. Bayer. Hof, vorm. 11. Bitterfeld a. d. S. Vereinigung, nachm. 4. Pörschen. Erppah, Schöblich, v. 10. Götting. Gewerkschaftshaus, v. 1/2. Gogen (Altmann). Baum, 1/2. Gogen-Heberdort. Tonhalle, halb 11. Heberdort. Alte Markt, vorm. 10. Heberdort (Formern). Götting, 11 Uhr. Gogen. Grimes, 8 Uhr. Mühlheim a. d. R. Brant, Rot Löwe, 1/2. Mühlheim a. d. R. Hollenber, v. 11. Mühlheim a. d. R. Hirschberg, 11. Mühlheim a. d. R. Holweide. Thelen, v. 11. Mühlheim a. d. R. Götting, vorm. 11 Uhr. Radeburg. Walter in Götting, nachm. 11. Radeburg. Kleinmühl, Radeburg, 10. St. Jäger. Radeburg, vorm. 10. Radeburg. Friedrichstraße, 11.

Montag, 26. März: Heilbr. Heberdort, halb 9 Uhr. Radeburg (Schmied). Zentralpalast, 1/2. Radeburg. Gewerkschaftshaus, 8. Dienstag, 27. März: Götting. Zwölf Apostel, vorm. 10. Heilbr. Kaiser Schwan, nachm. 1/2. Kar i. Erzgeb. Reichshalle, nachm. 3. Bitterfeld-Deutscher. Eintracht, 11. Bitterfeld i. S. Bayer. Hof, vorm. 11. Bitterfeld a. d. S. Vereinigung, nachm. 4. Pörschen. Erppah, Schöblich, v. 10. Götting. Gewerkschaftshaus, v. 1/2. Gogen (Altmann). Baum, 1/2. Gogen-Heberdort. Tonhalle, halb 11. Heberdort. Alte Markt, vorm. 10. Heberdort (Formern). Götting, 11 Uhr. Gogen. Grimes, 8 Uhr. Mühlheim a. d. R. Brant, Rot Löwe, 1/2. Mühlheim a. d. R. Hollenber, v. 11. Mühlheim a. d. R. Hirschberg, 11. Mühlheim a. d. R. Holweide. Thelen, v. 11. Mühlheim a. d. R. Götting, vorm. 11 Uhr. Radeburg. Walter in Götting, nachm. 11. Radeburg. Kleinmühl, Radeburg, 10. St. Jäger. Radeburg, vorm. 10. Radeburg. Friedrichstraße, 11.

Montag, 26. März: Heilbr. Heberdort, halb 9 Uhr. Radeburg (Schmied). Zentralpalast, 1/2. Radeburg. Gewerkschaftshaus, 8. Dienstag, 27. März: Götting. Zwölf Apostel, vorm. 10. Heilbr. Kaiser Schwan, nachm. 1/2. Kar i. Erzgeb. Reichshalle, nachm. 3. Bitterfeld-Deutscher. Eintracht, 11. Bitterfeld i. S. Bayer. Hof, vorm. 11. Bitterfeld a. d. S. Vereinigung, nachm. 4. Pörschen. Erppah, Schöblich, v. 10. Götting. Gewerkschaftshaus, v. 1/2. Gogen (Altmann). Baum, 1/2. Gogen-Heberdort. Tonhalle, halb 11. Heberdort. Alte Markt, vorm. 10. Heberdort (Formern). Götting, 11 Uhr. Gogen. Grimes, 8 Uhr. Mühlheim a. d. R. Brant, Rot Löwe, 1/2. Mühlheim a. d. R. Hollenber, v. 11. Mühlheim a. d. R. Hirschberg, 11. Mühlheim a. d. R. Holweide. Thelen, v. 11. Mühlheim a. d. R. Götting, vorm. 11 Uhr. Radeburg. Walter in Götting, nachm. 11. Radeburg. Kleinmühl, Radeburg, 10. St. Jäger. Radeburg, vorm. 10. Radeburg. Friedrichstraße, 11.

Montag, 26. März: Heilbr. Heberdort, halb 9 Uhr. Radeburg (Schmied). Zentralpalast, 1/2. Radeburg. Gewerkschaftshaus, 8. Dienstag, 27. März: Götting. Zwölf Apostel, vorm. 10. Heilbr. Kaiser Schwan, nachm. 1/2. Kar i. Erzgeb. Reichshalle, nachm. 3. Bitterfeld-Deutscher. Eintracht, 11. Bitterfeld i. S. Bayer. Hof, vorm. 11. Bitterfeld a. d. S. Vereinigung, nachm. 4. Pörschen. Erppah, Schöblich, v. 10. Götting. Gewerkschaftshaus, v. 1/2. Gogen (Altmann). Baum, 1/2. Gogen-Heberdort. Tonhalle, halb 11. Heberdort. Alte Markt, vorm. 10. Heberdort (Formern). Götting, 11 Uhr. Gogen. Grimes, 8 Uhr. Mühlheim a. d. R. Brant, Rot Löwe, 1/2. Mühlheim a. d. R. Hollenber, v. 11. Mühlheim a. d. R. Hirschberg, 11. Mühlheim a. d. R. Holweide. Thelen, v. 11. Mühlheim a. d. R. Götting, vorm. 11 Uhr. Radeburg. Walter in Götting, nachm. 11. Radeburg. Kleinmühl, Radeburg, 10. St. Jäger. Radeburg, vorm. 10. Radeburg. Friedrichstraße, 11.

Privat-Anzeigen.

Einstufiger Arbeiter in groß. Bau- und Bauhilfsberuf gesucht. Dauernde Stellung. Off. mit Zeugnis u. Angabe der Gehaltsansprüche mit G. B. 288 an den Verl. d. B. 11 1100

Kernwacher

für Sand- und Gipswerke findet dauernde Stellung bei H. Kernwacher, Gipsfabrik und Maschinenfabrik, Oelbühl i. Götting. Schriftl. 21 1100

Druck und Verlag von Alexander Schilde & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rühlstraße 15 R.